

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 M. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 M. für die stehende Spalte oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Vereinbarung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nr. 98. **Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.** Telegramm-Adresse: **Alberband Bodum.**

Unerlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bodum.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bodum, Wiemshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tage, Lage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Ostern.

Osterglocken, Osterklingen —
O wie schallt der Ruf so hell!
Tönt's nicht aus dem frohen Singen:
Wachet auf vom Schlafe schnell!
Reg' und rühr' dich Menschenkind —
Nun, wo die Natur geschäftig
Wirkt in jedem Triebe kräftig,
Sei auch du nicht taub und blind!
Menschenkind. —

Alle, die ihr darbt und fronet
Ueber Tage, tief im Schacht,
Die ihr karg und schlecht entlohnet!
Müde seid und überwacht. —
Rafft, o rafft euch auf zur Tat,
Lafst das Betteln, laßt das Bitteln;
Nützig wird das Recht erkritten,
Und der Ernte folgt die Saat —
Auf zur Tat! f. R.

Zur Lage im Kohlenbergbau.

Kohlenförderung und Arbeiterlöhne.
Gegen Ende des vergangenen Jahres sah es aus, als ob es mit der wirtschaftlichen Depression ein für allemal vorbei sei und daß sich nunmehr die einzelnen Gewerbe einer heranbrechenden Hochkonjunktur zu erfreuen hätten. Selber müssen wir eingestehen, daß die verschiedensten bedeutenden Industriezweige ihre Hoffnungen, die sie auf die schnelle Wässerung der Konjunktur gesetzt haben, noch zurückschrauben müssen. Ist auch der Tiefstand der hinter uns liegenden wirtschaftlichen Krisenjahre schon längst erreicht, so verharren wir in diesem Zustand doch schon eine viel zu lange Zeit. Die Folge ist, daß wir aus den schweren Besorgnissen, die durch die darniederliegenden Geschäfte verursacht werden, nicht herauskommen. Jeder empfindet das Drückende dieser Lage. Auch wir Bergarbeiter.

Es ist noch nicht lange her, da haben wir zeigen können, wie tief bergab es mit den Bergarbeiterlöhnen innerhals zweier Jahre gegangen ist. Wir nahmen den Lohnstand vom letzten Quartal 1907, des letzten in der Hochkonjunkturperiode, als Grundlage für unsere Berechnungen. Und bis zum dritten Quartal 1909 wurden, so zeigen wir, mehr als 59 Millionen Mark an Bergarbeiterlöhnen weniger im Ruhrbecken ausgezahlt!

Nachdem nun auch die amtlichen Bismar über die in Preußen verbienten Bergarbeiterlöhne im vierten Quartal 1909 vorliegen, stellt auch die „Mittliche Zeitung“ fest, daß der durchschnittliche Jahreslohn im Ruhrbecken in zwei Jahren, seit dem Höhepunkt der letzten Konjunktur, um mehr als 200 Mark, von 1562 im Jahre 1907 auf 1360 Mark im Jahre 1909 oder um 12,6 Prozent gesunken ist! Im Jahre 1909 sind im Ruhrkohlenbergbau 445 995 844 Mark an Löhnen ausgezahlt worden, gegen 485 378 926 Mark im Jahre 1908. Das sind in einem Jahre nahezu 40 Millionen Mark Lohn weniger! Die „Mittliche Zeitung“ geht ein, daß nach Lage der Dinge auch im ersten Quartal d. J. an ein besseres Einkommen der Bergarbeiter nicht gedacht werden kann!

Wie sich die Löhne im Ruhrbecken seit dem vierten Quartal 1907 bewegt haben, läßt sich zeigen durch folgende Zahlen:

| Belegschaft | Zohsumme Schicht- in M. M. | Schicht- zahl | Schicht- lohn | Dauer- lohn |
|-----------------|----------------------------|---------------|---------------|-----------------|
| 4. Viertel 1907 | 309 953 | 123,5 | 80 | 4,99 M. 6,16 M. |
| 1. " 1908 | 320 435 | 122,3 | 78 | 4,87 " 5,94 " |
| 4. " 1908 | 335 358 | 119,8 | 75 | 4,76 " 5,77 " |
| 1. " 1909 | 335 265 | 109,8 | 72 | 4,66 " 5,42 " |
| 2. " " " | 325 210 | 106,4 | 74 | 4,45 " 5,28 " |
| 3. " " " | 327 008 | 114,8 | 78 | 4,48 " 5,31 " |
| 4. " " " | 334 143 | 115,0 | 77 | 4,48 " 5,30 " |

In der Tabelle fällt die Schwankung der Belegschaftsziffer auf, die ihre Höchstzahl im letzten Quartal 1908 und im ersten Quartal 1909 erreichte, um dann bis zum dritten Quartal 1909 zu fallen.

Im September 1909 machten sich die Anzeichen einer besseren Geschäftperiode bemerkbar. So steigerten die Beiden des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats arbeitsmäßig ihre Steinkohlenförderung wie folgt:

| September | Oktober | November | Dezember |
|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 284 002 Lo. | 267 479 Lo. | 282 799 Lo. | 282 735 Lo. |

Im gleichen Zeitraum des Jahres 1908 waren gefördert worden:

| | | | |
|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 271 990 Lo. | 263 062 Lo. | 271 163 Lo. | 267 505 Lo. |
|-------------|-------------|-------------|-------------|

Hatte die Belegschaft im Ruhrbecken überhaupt vom zweiten bis zum dritten Quartal um 1793 zugenommen, so stieg sie vom dritten zum vierten Quartal 1909 um weitere 7140 Köpfe. Alles das ließ darauf schließen, daß das vierte Quartal 1910 eine wirtschaftliche Besserung für die Ruhrbergleute bringen würde. Die Lohnlisten zeigen uns das Gegenteil. Es ist statt besser, schlechter mit den Bergarbeitern geworden, da die Forderung der Lebensmittel anhielt, ja sich noch steigerte; die Löhne im vierten Quartal aber stehen blieben! Diese Tatsache ist schwer zu verstehen. **Belegschaftsvermehrung, Steigerung der Förderziffern und Stagnation der Löhne!** Belehren uns nicht die Geschäftsabschlüsse der Bergwerksbesitzer noch eines anderen, man sollte glauben, die wirtschaftliche Krise hätte sich nur durch Lohnsenkungen geäußert.

Ähnlich wie im Ruhrkohlengebiete zeigt sich die Förderungsquote im deutschen Kohlenbergbau überhaupt. So betrug die arbeitsmäßig geförderte Menge im Stein- und Kohlenbergbau Deutschlands in Tonnen im Jahre

| September | Oktober | November | Dezember |
|--------------|---------|----------|----------|
| 1908 711 720 | 717 193 | 750 748 | 721 688 |
| 1909 713 720 | 732 046 | 731 507 | 764 175 |

Gegen 1908 + 1991 + 14 913 + 50 757 + 42 487

Also auch hier eine bedeutende Steigerung der Förderziffern. Ueberhaupt stieg die Förderung in Deutschland bei

| | Steinkohlen | Braunkohlen |
|------|-----------------|----------------|
| 1907 | 148 188 000 Lo. | 62 547 000 Lo. |
| 1908 | 147 671 000 | 67 616 000 |
| 1909 | 148 948 000 | 68 855 000 |

In diesen Zahlen also äußert sich die schlechte Geschäftskonjunktur der letzten Jahre nicht. Warum die gewaltigen Fördergänge im Kohlenbergbau, wenn sich das Förderquantum so zu steigern vermochte? Hinzu kommt noch, daß in den letzten Monaten des vergangenen Jahres mit einem großen Teil des früher auf Lager geworbenen Lagerbestandes aufgeräumt wurde. Jedenfalls liegt fest, daß den Bergleuten im Ruhrbecken Unrecht geschehen ist, weil sie an den seit kurzer Zeit eingerichteten guten Marktverhältnissen nicht mit besseren Löhnen mitpartizipierten. Herunter ging es mit dem Einkommen. Die Ruhrbergleute haben, da die Zahl der verfahrenen Schichten sich gleichfalls verringerte, sieben Mark im vierten Quartal weniger verdient, als im dritten Quartal 1909!

Nicht besser wie den Ruhrbergleuten, erging es den Bergarbeitern in den übrigen Bergrevieren. Die Nachweisung der in den Hauptbergbaubezirken Preußens (einschließlich des Salz- und Erzbergbaues) im vierten Quartal 1909 verdienten Bergarbeiterlöhne enthält folgende Aufstellung:

| Art und Bezirk des Bergbaues | Belegschaft im | | Verdiente reine Durchschnitts- (ohne nach Abzug aller Arbeits- löhne sowie der Knappsch.- und Invalidenversicherungsbeiträge) | | | | | |
|---|----------------|--------------|---|--------------|-------------------|--------------|-------------|--------------|
| | Gesamts- | | Auf 1 Arbeiter und 1 Schicht im | | Auf 1 Arbeiter im | | | |
| | IV. Q. 1909 | III. Q. 1909 | IV. Q. 1909 | III. Q. 1909 | IV. Q. 1909 | III. Q. 1909 | IV. Q. 1909 | III. Q. 1909 |
| a. Steinkohlenbergbau | | | | | | | | |
| in Oberschlesien | 119 900 | 113 430 | 3,40 | 3,50 | 3,52 | 248 | 262 | |
| in Niederschlesien | 27 080 | 27 108 | 3,28 | 3,21 | 3,20 | 248 | 251 | |
| in Oberbergamtsbezirk Dortmund: | | | | | | | | |
| a) nördliche Reviere | 240 511 | 244 487 | 4,58 | 4,58 | 4,87 | 346 | 354 | |
| b) südliche Reviere | 77 752 | 76 402 | 4,32 | 4,31 | 4,65 | 339 | 342 | |
| Summe (a, b, und Revier Sauerland (a, b, und Revier Sauerland)) | 318 263 | 320 889 | 4,48 | 4,48 | 4,82 | 344 | 351 | |
| bei Saarbrücken (Staatswerke) | 52 401 | 51 958 | 3,96 | 3,93 | 4,04 | 290 | 291 | |
| bei Aachen | 21 855 | 21 701 | 4,41 | 4,41 | 4,58 | 336 | 346 | |
| b. Braunkohlenbergbau | | | | | | | | |
| in Oberbergamtsbezirk Halle | 42 880 | 42 338 | 3,57 | 3,50 | 3,50 | 273 | 282 | |
| in sächsischer | 9 808 | 9 715 | 3,91 | 3,97 | 4,00 | 284 | 307 | |
| c. Salzbergbau | | | | | | | | |
| in Oberbergamtsbezirk Halle | 7 592 | 7 289 | 3,88 | 3,88 | 3,93 | 294 | 302 | |
| in Oberbergamtsbezirk Clausthal | 7 302 | 7 217 | 4,04 | 3,90 | 4,06 | 305 | 311 | |
| d. Erzbergbau | | | | | | | | |
| in Mansfeld (Kupfer- schiefer) | 12 780 | 15 708 | 3,44 | 3,36 | 3,36 | 264 | 265 | |
| in Oberharz | 2 638 | 2 690 | 3,08 | 3,06 | 2,94 | 231 | 234 | |
| in Siegen | 11 509 | 11 040 | 3,03 | 3,36 | 3,38 | 266 | 262 | |
| in Nassau und Westfälischer rechtsrheinischer Untereheinischer | 7 348 | 7 458 | 3,10 | 3,07 | 3,18 | 228 | 225 | |
| | 5 922 | 5 970 | 3,34 | 3,27 | 3,32 | 240 | 240 | |
| | 3 274 | 3 285 | 2,99 | 2,95 | 2,97 | 217 | 225 | |

Daß trotz der Steigerung der Tageslöhne der verdiente Quartalslohn in den meisten Revieren ein geringerer war, liegt, wie im Ruhrbecken, an der geringeren Zahl der verfahrenen Schichten. So wurden in Oberschlesien im vierten Quartal 1909 gegen das dritte Quartal 4, im Aachener Becken 3, im sächsischen Braunkohlengruben 4 Schichten weniger verfahren. Immerhin hat sich in einer Anzahl Reviere der Lohn pro Schicht gesteigert, die Ruhrbergleute gingen leer aus! Mit ihnen hatten dann noch die Braunkohlenbergarbeiter zu leiden, deren Lohn sich im genannten Zeitraum auch pro Schicht noch verringerte. Aus allem ergibt sich, daß die Folgen der Krisen hauptsächlich auf die Bergarbeiter abgewälzt werden. 40 Millionen Mark weniger Verdienst in einem Jahre bei einer Berufsgruppe in einem Reviere! Was das heißt, davon können nicht nur die Bergarbeiter, sondern davon kann auch die Geschäftswelt ein Bildchen fassen. Die Bergarbeiter müssen bitter lächeln, weil sie nicht in ihrer überhöhen Mehrheit den Weg zu einer fröhlichen Organisation gefunden haben! Ein großer Teil der Bergarbeiter scheut die geringfügigen Opfer für ihren Verband, dafür werden ihnen die Löhne so gekürzt, daß es ihnen schwarz vor den Augen werden muß. Wie anders könnte es sein, ständen die Bergarbeiter wie die Bergwerksbesitzer Mann an Mann in geschlossener Phalanx zusammen! Es läge gewiß mit den Bergarbeiterlöhnen und mit noch manchem anderen anders aus! So leiden die organisierten Bergarbeiter mit unter dem Individualismus ihrer Wittkameraden. Darum sollte jeder organisierte Bergarbeiter es nicht unterlassen, den Unorganisierten auch die Schäden des schmerzlichen Individualismus klarzulegen.

Wertschgewinne.

Wir deuteten oben an, daß auch auf die Wertschgewinne für das Jahr 1909 sich die wirtschaftliche Krise auswirkt. Das ist bedingt gewiß der Fall, wenigstens trifft das auf den größten Teil der Kohlengruben zu. Trotzdem gibt es Gesellschaften im Bergbau, die ihre Gewinne auch in den Krisenjahren zu steigern vermochten! Aber auch bei den übrigen Gesellschaften, die sich mit geringeren Dividenden wie in den vorhergehenden Jahren zufried-

geben mußten, waren die Gewinne immer noch hoch genug. Die Kohlengrubenbesitzer sind an Hochkonjunkturgewinne gewöhnt, eine Verminderung können und wollen sie nicht vertragen. Und darum ist ihr Gesammer über verringerte Einnahmen ebenso groß und ungeheuerlich wie widerlich!

Wir haben kürzlich eine Reihe Wertschgewinne aus dem Jahre 1909 veröffentlicht. Wir lassen heute an dieser Stelle andere folgen. Es hatten

| Name der Gesellschaft | 1908 | | 1909 | |
|------------------------|------------------|---------------|------------------|---------------|
| | Wertschgewinn M. | Reingehalt M. | Wertschgewinn M. | Reingehalt M. |
| Concordia | — | 1 475 088 | — | 1 100 420 |
| Consolidation | 1 158 128 | 4 192 050 | 1 161 815 | 3 707 400 |
| Urenberg H.-G. | 702 940 | 2 800 128 | 800 078 | 2 074 593 |
| Belsenföhrer H.-G. | 11 000 000 | 18 042 105 | 11 000 000 | 18 042 105 |
| Mülh. Bergw.-Berein | 1 421 735 | 1 900 228 | 902 223 | 1 893 444 |
| Mühlb.-Berein | — | 1 828 040 | — | 1 352 261 |
| Sohndorf | — | 228 190 | — | 228 021 |
| Bwidau Bürgerger. | 108 000 | 426 811 | 113 230 | 267 801 |
| Bwidau-Breidenberg | 171 000 | 661 840 | 182 100 | 303 717 |
| Erzgeb. Stahlw.-Wk. | 322 182 | 471 158 | 370 969 | 505 157 |
| Witten-Erzgeb. Erzgeb. | 300 000 | 1 255 913 | 325 000 | 1 297 801 |
| Oelsniger H.-G. | 185 420 | 498 780 | 191 894 | 529 461 |
| Gesamtwert | 4 501 454 | 11 848 081 | 4 066 416 | 10 474 370 |

Die Prethiger Braunkohlwerke verteilten 1909 25 Proz. Dividende. Das sind Gewinne, wie sie im Monat März bekannt wurden. Sie sehen gewiß nicht darnach aus, als ob es den Bergwerksbesitzern unmöglich war, die Bergarbeiterlöhne um einige Pfennige aufzubessern. Unter den oben genannten Gesellschaften gibt es aber solche, die höheren und reicheren Wertschgewinn einbrachten, aber sich nicht schämten, die Lohnreduktionen mitzumachen, ja hierbei noch mit voran zu marschieren.

Und wundert noch, daß man nicht wieder öffentlich das Gefühl erhebt, als wäre die Festschließung der Bergarbeiter Schuld an den für die Werkbesitzer nicht hoch genug erscheinenden Gewinnen! Früher war das so. Heute bequemt man sich schon, Wertschverluste auf andere Ursachen hin nachzuliegen.

Wer die Geschäftsberichte liest, der findet, wie die Werke in erster Linie die verringerten Gewinne auf die im Laufe der letzten zwei Jahre herabgesetzten Preise für die Bergwerksprodukte, Kohlen, Holz usw., zurückführen. Ferner wird auf den milden Winter hingewiesen, der jetzt z. B. die Förderung zu ungunsten der Beiden beeinflusst. Es bleibt der Hausbrandbedarf eingeschränkt. Andere wollen klagen auf die Belastung durch die Arbeiterversicherung hin; diese Belastung entspräche nicht mehr der Gerechtigkeit! Die Gewerkschaft Trier, zu der auch die Zeche **Madbod** gehört, jammert, daß die bergpolizeilichen Vorschriften den Lohnenden Betrieb erschweren! Die Gewerkschaft Trier ist ganz dazu berufen, in diese Klagen einzustimmen! Noch sind die Toten der gräßlichen Katastrophe nicht übertrag, noch ist die merkwürdige Unfalluntersuchung nicht zu Ende, da erhebt die Gewerkschaft schon das Lamento über die Belastung durch den Arbeiterschutz! Höher hinaus geht es wohl kaum! An anderer Stelle des Berichts wird erklärt, daß die Vermehrung der Handhabung des Betriebes betreffend, die zu dem großen Unglück geführt haben, unberechtigt gewesen seien. Die Gewerkschaft Trier konstatiert uns hiermit in die Hand, daß solch gräßliche Katastrophen wohl nur dann eintreten können, wenn auf den Gruben selbst alles in bester Ordnung ist, auch nicht die geringsten sicherheitspolizeilichen Vorschriften durchbrochen und umgangen sind. Solche Feststellungen klingen wie ein Hohn auf die Meinung und Ueberzeugung, die sich über die Ursachen der Katastrophe bei jedem Kenner der Verhältnisse auf dieser Unglücksgrube vor und nach dem Massenunglück gebildet hat. Nun, das letzte Wort ist über Madbod noch nicht geschrieben worden und wir auch die Komödie, die seit dem Unglück gespielt wird, auslaufen mag, wir werden den Herrschaften noch schon den Markt blasen, daß ihnen davon die Ohren gekellen werden. Die Toten von Madbod werden und müssen ihre Sühne finden.

Dann wird auch in den Berichten auf die vielen Feter-schichten hingewiesen, die die Gewinne beeinträchtigen. So hat die Zeche Concordia im Jahre 1909 nicht weniger als 36 Feter-schichten eingelegt, die Urenbergische Gesellschaft auf ihren Schächten 21 Feter-schichten! Die Gesellschaft Siberia teilt mit, daß die in Koks — auf Kohle umgerechnet und in Feintohlen abgelagerten Mengen allein einer Förderung von 14 Tagen entsprach! Große Lager schürte auch das Rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat auf seine Rechnung auf. In den letzten Monaten haben die Beiden angefangen, mit den Lagerungen aufzuräumen. Die Feter-schichten hörten indessen nicht auf! Wir sehen, man hat sich von den bisherigen Anwürfen gegen die Arbeiter, daß diese durch ihre „Faulheit“ den Fortgang der Geschäfte stören und die Wertschgewinne beeinträchtigen, allmählich emanzipiert.

Ein drastisches Beispiel, das grell ein Stück Situation aus der Wirtschaftskrise beleuchtet, bietet der Geschäftsabschluß der Zeche Friedrich der Große bei Herne. Hier entnehmen wir dem letzten Geschäftsbericht folgende Zahlen:

| | | |
|--|-----------|-----------|
| Förderung in Tonnen | 911 958 | 835 280 |
| Arbeiter | 4 815 | 3 974 |
| Leistung pro Mann und Schicht | | |
| a) Gesamtbelegschaft | 0,73 Lo. | 0,79 Lo. |
| b) der Kohlenhauer | 1,77 | 2,25 |
| Schichten pro Arbeiter | 300 | 293 |
| Feter-schichten wegen Förder-befchränkung | | 23 |
| Durchschnitts-Schichtverdienst (Gesamtbelegschaft) | 5,82 M. | 4,76 M. |
| Durchschnitts-Jahresverdienst (Gesamtbelegschaft) | 1 596 | 1 395 |
| Ueberschuß des Betriebes | 1 430 068 | 1 894 255 |
| Abschreibungen | 446 009 | 920 306 |
| Verteilte Ausbeute | 698 500 | 447 750 |

*) Hinzu tritt das (bei der Stoffausgabe im IV. Q. 1909 = 0,11 M.) für 1 Schicht im Jahresmittel 1908 = 0,20

Bei erheblicher Leistungssteigerung ist der Lohn um 201 Mt. herabgedrückt worden! Durch die vorgenannten Lohnsenkungen hat die Frage rund 800 000 Mt. eingebracht (genau 796 195 Mt.) Daher trotz geringerer Lohnsenkung und geringerer Kohlen- und Kokspreise eine Erhöhung des Betriebsüberschusses! Wie hier, so ist es auch auf anderen Beichen zugegangen.

Die Kosten der wirtschaftlichen Krisis müssen in der Hauptsache jeder von den Arbeitern getragen werden. Die Grubenbesitzer wissen, wie sie sich möglichst schadlos halten sollen. Nein, sie verstehen, wie die obigen Zahlen zeigen, wie sie selbst die wirtschaftliche Krise zur Steigerung ihres Profits auszunutzen verstehen. In dessen streiten sich die Bergarbeiter um Weltanschauungsfragen herum, lassen sich von jedem Hansknaps an der Nase herumführen, lassen sich, ohne sich dagegen aufzulehnen, die Lebensmittel verteuern, das Wahlrecht verhungern, lassen sich gegen ihre Arbeitsverbüder, die gegen solches Unrecht ankämpfen, aufheben oder aber, sie halten sich überhaupt von jeder Organisation fern. Alles das zum Gaudium der Bergwerksindustriellen und der junkerlichen Volksfeinde! Wann wird es anders sein? Wann wird der organisierte Bergknappe den Weg zu einer starken einheitlichen Organisation finden! Das sind Fragen, die sich auch den Lesern solcher Zahlen, wie oben, aufdrängen müssen.

Lebensmittelverteilung.

Wer die Lebensmittelverteilung verschuldet hat, darüber haben wir uns oft genug ausgesprochen. Wie in allen Arbeiterfamilien, so auch bei den Bergarbeitern, reihen die Klagen über die Verteilung nicht ab. Es ist aber ein Unterschied da. Während Millionen von Arbeitern gegen die Politik, die die Steuern und Abgaben auf Nahrungsmittel nicht gespart hat, Protest erheben, verharren die sogenannten christlichen Arbeiter in unheimlicher und schändlicher Schwelgerei. Sowie ist das Bewußtsein des Unrechts sowie die Klassenolidarität bei ihnen nicht vorhanden, daß sie mit ihren Klassengenossen gemeinschaftlich gegen die stete Volksausplünderung durch die zentralistischen und konservativen Junker und Junkergeroffen Front machen. Diese Herrschaften würden ihre Taktik ändern müssen, wenn die von M.-Gladbach aus dirigierten und doppelt und dreifach betroffenen Arbeiter die ungeheuerliche Volksausbeutung nicht mehr mitmachen würden. So aber müssen wir uns gedulden, bis bei den christlichen Arbeitern noch die Erkenntnis kommt, daß sie mit allen Arbeitern ohne Unterschied des Glaubens und der Zugehörigkeit zu einer Partei eine Familie bilden.

Wir haben kürzlich festgestellt können, wie sich das ergänzungspflichtige Vermögen in Preußen entwickelt hat. Es handelt sich hier um die Vermögen über 6000 Mt. Von 1900—1908 hat in Preußen dieses ergänzungspflichtige Vermögen sich von 63,8 auf 91,6 Milliarden Mt., also um 27,8 Milliarden Mt. vermehrt. Ganz kommt das Vermögen, für das Steuern nicht gezahlt werden, d. h. wo der Staat betrogen wird! Von 1900—1908 steig der Durchschnittslohn der Volksschicht von 896,59 Mt. auf 1073,59 Mt. Das Vermögen der reichen Leute stieg (in Prozenten gerechnet) doppelt so hoch als die Lohnsteigerung, die aber von der Lebensmittelverteilung wieder abforbiert wird. Es ergibt sich aus obiger Feststellung, daß die besitzende Klasse sehr wohl die Armut schonen kann, ohne selbst in wirtschaftliche Gefahrnis zu geraten. Wenn die Reichen es nur wollten! Nach dem Standpunkt des Münchener Christentums ist es aber christlicher gehandelt, wenn ein Prinz Krenberg, um sich gegen Erbschaftsteuer zu schützen, im Parlament gegen diese stimmt, dafür aber Konsumteuern durchzusetzen hilft, die nicht nur die Lebensmittel bezw. die Haushaltung armer Arbeiter verteuert, sondern auch noch über zehntausende Arbeiter — wie die Zigarrenarbeiter — schwere Arbeitslosigkeit verhängt!

Die eigentlichen Macher der Volksmißhandlung und der Lebensgabenpolitik sind, wie gesagt, die Konservativen, Scharfmacher und Zentralkleriker, die Repräsentanten des Schnapsbrot! Wie diese Gesellschaft durch Zoll- und Steuerpolitik, Grenzbeschränkung u. dgl. die beiden wichtigsten Nahrungsmittel fast verteuern helfen, dafür ein paar Beispiele. Nach den bekannten Ermittlungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin kostete im Monat Januar 1 Kilogramm (in Pfennigen):

| | 1905 | 1907 | 1909 | 1910 | Steigerung in 1910 (gegen 1905) |
|------------|-------|-------|-------|-------|---------------------------------|
| Roggenbrot | 23,46 | 27,63 | 29,44 | 29,42 | 25,4 |
| Weizenbrot | 41,75 | 45,83 | 51,67 | 55,02 | 31,7 |

Die Fleischpreise sind ebenfalls höher hinauf. Gegenüber dem Vorjahre ist wieder ein großer Rück nach oben zu konstatieren.

Die Berechnungen der Preise für Fleisch im Kleinhandel, die von der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ veranstaltet werden, und zwar auf der Grundlage der häufigsten Preise in 50 preussischen Städten, ergeben folgende Durchschnitte: Es kostete im Jahr 1 Kilogramm (Pfennig):

| | 1909 | 1910 |
|---------------------|------|------|
| Rindfleisch | 153 | 156 |
| Kalbfleisch | 171 | 174 |
| Hammelfleisch | 164 | 168 |
| Schweinefleisch | 154 | 166 |
| Hühnerfleisch | 71 | 74 |
| Speck, inländischer | 178 | 190 |

Bei Schweinefleisch macht die Steigerung in dem einen Jahre über 7 Prozent aus. Die Preise für Milch, Butter und Eier usw. sowie für eine Reihe anderer Lebensmittel sind ebenfalls enorm gestiegen.

Wie in diesen Städten, so sieht es auch in den Bergrevieren. In manchen Bergbezirken noch viel schlimmer. So fühlen die Bergarbeiter immer härter die Last. Hohe Lebensmittelpreise, elende Löhne! Wer hier zu schweigen kann, wer hier nicht den Weg finden kann zu den Kämpfen, die die Klassenbewußte Arbeiterklasse gegen das Elend führt, wie auch gegen den Uebermut der Nichtstuer, der begeht ein Verbrechen an sich und seinen Arbeitsgenossen.

Das Kaligeseh vor der Reichstagskommission.

Berlin, den 17. März 1910.

Heute sollte wieder eine Sitzung der Kommission stattfinden. Sie wurde aber wegen des frühen Anfangs der Plenarverhandlungen auf den 18. April verschoben.

In der Sitzung vom 15. März gab es eine fast dreistündige prinzipielle Debatte über die Frage, wie in der Kalialindustrie Ordnung geschaffen werden könne und solle. Die Zentrumsabgeordneten hatten den Vorschlag, die Regierung dahin abzugeben, daß sie beantragte, nur die Auslandsverkäufe von einer gesetzlich privilegierten Betriebsgemeinschaft besorgen zu lassen. Was die Mitglieder dieser Betriebsgemeinschaft mehr als ihnen zugehörig sei in das Ausland lieferten, davon sollten 12,50 Mt. pro Doppelzentner reines Kalzium als die Reichskasse gezahlt werden.

Abg. Hue begründete die sozialdemokratischen Anträge: Entweder die Kalialindustrie zu vereinfachen (d. h. das Kalzium soll die Werke betreiben) oder wenigstens ein Kalzium-Handelsmonopol in der Kalziumsalz- und Kalziumabritaten zu beschließen. Redner ging von einer Betrachtung des Vertrages des Herrn Prof. Dr. Beszlag aus, dessen Vorlesungen ein ausgezeichnetes Merkmal gegen die privatkapitalistische Mißwirtschaft in der Kalialindustrie waren. Mutter Natur habe Deutschland mit einem beispiellos reichen Schatz an wertvollen Kalziumsalzen ausgestattet. Diesen Reichtum soll zu bewahren, sei die Aufgabe der Volkserziehung, nicht ihn weiter der Verwüstung durch privatkapitalistische Spekulation überlassen. Kein Mensch habe ein Verdienst an der Entstehung der Salzlager, kein Mensch und keine Volksschicht könne daher begründeten Anspruch auf die Ausbeutung des Nationalerbes erheben. Er gehöre der Nation und dürfe nur zum Nutzen der Nation gehoben werden. Das sei die Auffassung der Sozialdemokraten; wenn eine Volksabstimmung über diese Frage vorgenommen würde, so stelle sich zweifellos heraus, daß weit über den Kreis der Sozialdemokraten hinaus die ungeheure Majorität des Volkes der Nation die Nutzung der Erbdobenschätze gesichert wissen wolle. Der Zentrumsantrag sei unannehmbar, weil er nur eine der Krankheitserscheinungen der privatkapitalistischen Mißwirtschaft, nämlich nur die billigen Auslandsverkäufe, treffen wolle, wo sich doch das eigentliche Übel ganz wo anders befände. Wollte man lediglich die Auslandsverkäufe gesetzlich regeln, dann hätte schon längst gegen das Kohlenmonopol, das Bismarck'schen Syndikat, den Stahlwerksverband usw. vorgegangen werden müssen. Gerade jetzt bringe die Presse die Nachricht, daß die Ruhrgebiets Montagen an die Stadt Paris verkauft werden sollen! Einem deutschen Bundesstaate (Japan?), der die Rechte etwas billiger kaufen wolle, wurde das Gebot abgelehnt. Lieber verkaufen die „nationalen“ Herren eine wertvolle deutsche Sache an den „Erbsfeind“ jenseits der Vogesen, wenn er nur gut bezahlt. Gegen diese Auslieferung nationaler Kohlenerschätze an das Ausland sei noch viel schärfer als gegen den billigeren Verkauf von Kalziumsalzen in das Ausland vorzugehen, denn unsere Kohlenlöhne würden viel eher als unsere Kalziumsalzpreise erschöpft sein. Der Zentrumsantrag wolle die wildeste Spekulation im Innere ungehindert lassen, obgleich gerade sie die heutige Katastrophe erzeugt. Wie wahnwitzig mit dem Volkseigentum gewirtschaftet würde, dafür führte Hue aus dem regierungsseitig gelieferten Material an Zahlen an: 84 Werke fährten schon, oder stehen kurz vor Inangriffnahme der Förderung. Von 43 Werken und den preussisch-städtischen sind nachweise über ihre Leistungsfähigkeit eingegangen.

Diese Werke können jährlich 234 Millionen Doppelzentner Kalzium liefern. Dazu kommen noch die schmidtmanischen Werke Haderleben, Sollstedt und Einigkeit, dann die übrigen 34 oder 35 Werke, die keine Angaben machten. Man geht nicht zu hoch, wenn man die Leistungsfähigkeit der Setzler oder so gut wie fertigen Werke auf 350 bis 400 Millionen Doppelzentner Kalzium veranschlagt. Demgegenüber steht ein tatsächlicher Jahresabsatz von nur 60 bis

70 Millionen Doppelzentner!!! Mund gerechnet können die Werke kaum 20 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausnutzen!!! Die preussisch-städtischen Schächte Verlepp und Bredel haben deshalb fast 80 Proz. Förderleistung, Bielefeld kaum 1/2, seiner Leistungsfähigkeit ausnutzen, Wiensberg hat rund 80 Proz. Förderleistung, Sei das nicht heller Wahnsinn? Wenn der Absatz so wie in den letzten 20 Jahren bis 1900 feigt, dann noch können die erwähnten 84 Werke erst 60 bis 70 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit ausnutzen, denn dann würde der Absatz sich auf etwa 800 Millionen Doppelzentner Kalzium belaufen. Nun bestehen aber nach dem „Zentrum“ für Kalialindustrie“ noch 212 abtastende oder bohrende Kalialunternehmungen und Bohrergesellschaften, die natürlich darauf brennen, so schnell wie möglich in die Reihe der fördernden Werke einzutreten! Eine beispiellose Spekulations mit dem Nationalerbes, wie sie schlimmer nicht sein kann. Eben die tolle Ueberproduktion an Werken und die zunehmende Unterproduktion der Werke hat die Kalziumpreise zum Schaden der Landwirtschaft hochgehalten. Sollstedt konnte von seiner Leistungsfähigkeit ausnutzen:

| | 1906: 34 Proz. | 1908: 19 Proz. |
|----------------|----------------|----------------|
| 1907: 40 Proz. | 1909: 21 Proz. | |

Wie das auf die Selbstkosten einwirkte, dafür folgende Zahlen. Sollstedt hatte

| Lieferungsmengen Doppelzentner | Selbstkosten pro Doppelzentner | Garisalz und Kalmit 80 Proz. Eisenerzsalz |
|--------------------------------|--------------------------------|---|
| 1906 282 680 | 0,478 | 8,241 |
| 1908 180 210 | 0,982 | 6,470 |
| 1910 (2 Monate) 160 200 | 0,830 | 2,508 |

1910 lieferte Sollstedt innerhalb zwei Monaten schon mehr als 1908 im ganzen Jahr, infolgedessen konnte das Werk seine Kalziumleistung erheblich besser ausnutzen, worauf ein riesiges Herabgehen der Selbstkosten eintrat!!! Daraus ist zu entnehmen, daß die Erhöhung der Selbstkosten mit der unerhörten Spekulation der Profitjäger zusammenhängt und nicht mit der Arbeiterfrage! Reformieren von Grund auf kann man hier nur, wenn die privatkapitalistische Wirtschaft ausgetilgt wird. Unser Antrag, die Kalialindustrie zu vereinfachen, also ein Kalziummonopol zu schaffen, geht in derselben Richtung wie der Verstaatlichungs-Antrag der preussischen Regierung 1894, für den sich auch die Konservativen, ein großer Teil des Zentrums und sogar der national-liberale Abg. Dr. Schulz-Vechum aussprachen, wenn, wie er sagte, „ein reines Staatsmonopol“ geschaffen würde. Sollte die Kommission die augenblicklichen Schwierigkeiten, eventuell wegen der Entscheidung über die Frage, so große Schritte zu tun, verhindern, so möge sie den Verstaatlichungs-Antrag als Übergangsstadium das Kalziummonopol für Kalzium beschließen. In dieser Richtung hat der Vertreter des oreuthischen Festums im Reichstag, Herr Oberbürgermeister Vogmann, 1907 eine beachtenswerte Abhandlung veröffentlicht. Daß bei der Abgeltung der uns beschuldigten Industriereviere das Reich leer ausgehen solle. Dagegen hat sich selbst der Herr Kommerzienrat J. Vorster im „Tag“ und neuerdings auch die „Allgemeine Volkszeitung“ ausgesprochen. Der Zentrumsantrag läßt die unser Nationalerbes ausbeutende wildeste Spekulation unangestastet, der Regierungsentwurf wolle eine privatkapitalistische Monopolgesellschaft gesetzlich privilegieren. Wem können wir Sozialdemokraten nicht zustimmen. Unsere Anträge wollen der Nation ihr wertvolles Eigentum schützen und geben die Möglichkeit, allmählich aber gründlich Ordnung zu schaffen ohne die Interessen der wirtschaftlich Schwächsten mit Füßen zu treten.

Minkler Sydow erklärte hierauf: Die Worte: Der Nation müßte das Nationalerbes bewahrt bleiben, unterschreibe er. Aber im Falle einer Vereinfachung oder Verstaatlichung seien für viele Wirtschaftsanprüche zu berücksichtigen, daß das Reich eine Millionenanteile erwürben; außerdem müßte man keine Leute „entschädigen“ die keinen Schaden erleiden. D. M. So sympathisch auch der Gedanke des Kalziumhandelsmonopols wäre, so sei es doch sehr schwierig, im Reichstag dafür eine Mehrheit zu gewinnen. Auch könne die Propaganda für die Abgeltung besser von Privaten betrieben werden. Der Zentrumsantrag sei unannehmbar. Er bereits zunächst handelspolitische Schwierigkeiten, weil das Ausland in der Abgabe auf Mehrausfuhr einen verheerenden Ausfuhrzoll erblicke. Sodann wolle der Zentrumsantrag im Innere die freie Konkurrenz der Werke. Das würde den Nutzen ein Viertel bis ein Drittel der Werke, d. h. der schwächeren zur Folge haben! Die starken Werke seien gar nicht verfehlen auf eine Erneuerung des Syndikats. Sie hoffen die schwachen Werke an die Wand zu drücken, wenn der Kampf alles gegen alle tode. Dann aber würde eine schmerzliche Schädigung der Gemeinden, der Arbeiter, der kleinen Kapitalisten, überhaupt des Gemeinwohls eintreten.

Unterstaatssekretär Richter wendet sich gegen den Zentrumsantrag, der in der Tat um den Kern des Übels herumgehe. Persönlich, sagt der Redner, sympathisiere er am meisten mit dem vom Abg. Hue vertretenen Monopolgedanken.

Ein Vertreter des auswärtigen Amtes warnt eindringlich vor geföhrlichen Maßnahmen, die das Ausland als einen direkten oder indirekten Ausfuhrzoll aufzählen würde. Solche Maßnahmen könnten die ohnehin schwierigen zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen nur noch erschweren.

Ein Vertreter der großherzoglich sachsen-weimarschen Regierung bittet um Annahme des vom Staat gutgeheißenen

Entstehung und Vorkommen der Kalialzage.

Vortrag des Herrn Dr. Prof. Dr. Wenschlag. Der genannte Gelehrte, Direktor der geologischen Landesanstalt in Berlin, hielt am 12. März vor der für die Beratung des Besetzungswurfs bez. Absatz von Kalziumsalzen eingesetzten Reichstagskommission einen Vortrag über die Entstehung und das Vorkommen der Kalialzage. Die Ausführungen sind der beruflichen Weiterbildung unserer Kameraden sehr dienlich. Daher haben wir den Vortrag eigens für die „Bergarbeiter-Zeitung“ stenographisch nachschreiben lassen und bringen nachstehend die Uebersetzung:

Die grundsätzliche Frage bei jedem geologischen Eingriff in die Kalialindustrie Deutschlands ist die, ob Deutschland auf dem Gebiete des Kalialbergbaues sein Monopol aufrecht erhalten und verteidigen wird und kann? Das Monopol beruht darin, daß in Deutschland die Möglichkeit vorliegt, dauernd und billig große Mengen von relativ hochwertigen Kalziumerzen in leicht löslicher Form zu produzieren. Wenn diese Möglichkeit vorliegt, dann kann man die Verwendung salzhaltiger Gesteine mit geringem Gehalt hintanhalten und auf die Dauer ganz beschränken, damit also diese Konkurrenz ausschließen. Es gibt eine ganze Menge von salzhaltigen Gesteinen, z. B. das selbstföhrnde Gipsstein, das etwa sechs bis acht Prozent Kali enthält, aber in einer schwer löslichen Form. Von solchen kalihaltigen Mineralien lösen sich in Salzsäure nur etwa 1/3, und nur dieses Drittel kann von den Pflanzen als Nährstoff aufgenommen werden. Neuerdings wieder in Gebrauch genommene Düngemittel, wie z. B. das Bosphorits sind auf die Dauer keine einseitige Konkurrenz gegen das Kali, weil ihre Lösungsfähigkeit zur Assimilation (Verdauungs- oder Verwandlungsvorgang) durch die Pflanzen nicht genügt.

Wurde das Monopol erloschen, wie gesagt, darauf, daß Deutschland dauernd billig große Mengen von relativ hochwertigen Kalziumerzen in leicht löslicher Form zu produzieren vermag, so tritt es andererseits darauf, daß das Ausland einen empfindlichen Mangel an hochprozentigen Salzen aufweist. Es erhebt sich nun die Frage, ob das auf die Dauer so bleiben wird. Um diese Frage beantworten zu können, muß man sich einen Ueberblick über den Reichtum Deutschlands an Kali und die Verbreitung dieses Minerals im Innere und im Ausland zu verschaffen suchen.

Da stellen wir denn zunächst fest, daß Deutschland das salzreichste Land der Erde ist. Auf dem Gebiete des jetzigen deutschen Reichs ist es im Laufe der Erdgeschichte die Erde nicht weniger als fünfmal zum Absatz erheblicher Massen Salz gekommen und zwar erstreckte sich zeitlich diese Salzabgabeschläge von der Permperiode bis zur Tertiarzeit. Die deutschen Salzablagerungen sind zum Teil von enormer Bedeutung und Mächtigkeit; allen anderen voran stehen die Lagerungen der Permperiode, die in bis zu 800 Meter und mehr Mächtigkeit nachgewiesen worden sind, eine Mächtigkeit, die sonst nirgends in der Welt bei Salzlagern beobachtet worden ist.

Sind diese Verhältnisse nun auch in anderen Ländern vorhanden? Oder besteht wenigstens die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich irgendwo in der Welt wiederholt hätten? Die Bildungs-geschichte der Salze gibt uns Antwort auf diese Frage. Unsere Salzlager sind durch einen Evaporationsvorgang aus dem Meereswasser entstanden. Die gelösten Stoffe im Meereswasser enthalten ungefähr dreiprozentige Salze, deren Zusammensetzung sich in

der Zusammensetzung der Salze von Staßfurt nahezu wieder spiegelt. Die größten Salzlager sind nichts anderes als eingedicktes Meereswasser. Es ist nun merkwürdig, festzustellen, daß wir auf dem Meeresgrunde keine Anshiedung von Salzen irgend welcher Art vorfinden; man hat zahlreiche Proben vom Untergrunde des Meeresbodens heraufgeholt, aber mit dem Versuche, Salzlager dabei zu entdecken, gar keinen Erfolg gehabt. Solche Auscheidungen von Salzen erfolgten wohl nur in gewissen Küstengebieten und in solchen Meeresküsten, die eine partielle (teilweise) Abkühlung vom Hauptmeer erfahren haben. Wo sich solche Küsten bilden, die mit dem Ozean nur noch in beschränkter Verbindung stehen und in geringem Maße Zufuhr von Süßwasser haben, da wird die Anreicherung des Meereswassers Fortschritte machen und allmählich Salz ausfällen; dabei hat man sich das, was wir mit dem Namen einer Bucht bezeichnen, als einen sehr großen Raum vorzustellen. Wenn nun die geschichtlichen Bedingungen zutreffen, eine allmähliche Anreicherung des Meereswassers an Salzen eintritt, dann fallen die am schwersten löslichen Mineralien zuerst aus. Es bildet sich zuerst eine Schicht von schwefelsaurem Kali, eine Anhydritschicht. Indem nun immer neues Wasser weiter zuströmt und der Prozeß der Anreicherung sich weiter vollzieht, lagert sich darauf das Steinsalz und zwar im dauernden Wechsel mit schwefelsaurem Kali. Zu den im Meereswasser gelösten Salzen gehören nun nicht nur die Salze des Natriums, sondern auch die Salze der Mutterlaugen. Diese häufen sich über dem Steinsalz in immer größeren Mengen an und bedecken es endlich ganz. Wenn die Steinsalzanbahnung immer weiter geht, so wird endlich ein Augenblick eintreten, wo die Mutterlaugen in schweren Unterströmungen aus der Bucht in den Ozean zurückkehren; damit ist der Prozeß in den angenommenen Verhältnissen ganz zu Ende und zwar sind diese Verhältnisse die Regel: Meistens sind eben ein Zurückströmen der Mutterlaugen, die nicht fest geworden war, in den Ozean statt. Daher haben denn auch die meisten Salzlager der Welt keine Kalialzage, die sich lediglich aus der Mutterlaugen bilden. Damit sie sich im entscheidenden Augenblick aus der Mutterlaugen auslösen könnten, muß man annehmen, daß in dem Momente des labilen Gleichgewichts (im labilen Gleichgewicht befindet sich ein an einer horizontalen Achse aufgehängter Körper, wenn sein Schwerpunkt über der Achse liegt) der Mutterlaugen eine Veränderung der Erdoberfläche eintritt, wodurch die Mutterlaugen nicht mehr in den Ozean zurückströmen konnten, sondern eingefangen wurden und dann durch Verdunstung Kali ausföhrten.

Dies ist natürlich zunächst nur eine theoretische Vorstellung. Aber der Aufbau unserer Salzlager entspricht durchaus diesen theoretischen Vorstellungen. Die deutschen Salzlager sind immer so gestaltet. Immer liegen die echten Kalialzager oben auf den Salzlagern.

Nachdem die Kalialzager fest geworden waren, haben sich schon in der Permzeit mannigfaltige Veränderungen an ihnen vollzogen; z. B. richtete der Regen weitgreifende Zerstörungen an, auch an anderen Urtönen trat ein Wechsel der chemischen Zusammensetzung ein, so daß Abkömmlinge des Mutterkalialzagers entstanden, die deswegs bedeutungsvoll sind, weil sie außerordentlich reine und reichhaltige Kalialzager bildeten. Als das Meer in der Permzeit nach zweimal über das jetzige Deutschland herüberzog, schützte eine Schicht von Staub und Dred die Salzlager. Noch wichtigere Veränderungen, als die oben beschriebenen, traten in einer viel späteren Zeit ein, nämlich in der Tertiarperiode, (in der Zeit der Bildung der jüngsten Gebirge, Durdgebirge, aufgeschwemmtes Land) wo die horizontal gelagerten Massen durch Gebirgsbewegungen ver-

ändert wurden. Diese Gebirgsveränderungen bildeten den ganzen Umfang und Boden der Buchtinnerseebecken um. Jene Salzucht der Permzeit, die uns hier beschäftigt, umfaßte ganz Deutschland, im Süden begrenzt durch die Sudeten, den Thüringer Wald und das Niederbergebirge; der zugehörige Ozean, von dem die Abschüttung vorging, lag westlich im Süden; nach Osten und Nordwesten finden wir keine genauen Grenzen dieser Salzucht, zum Teil verlaufen sie in die russische Steppe, zum Teil in die Nordsee hinein.

Diese gewaltige Bucht wurde, wie gesagt, in der späteren Zeit durch intensive Gebirgsfaltungen in eigentümlicher Weise deformiert, die Salz-lager wurden durch Verwerfungen zerschnitten. Dadurch entstanden auch hochgelegene Salzlagerrücken; aber diese hochgelegenen wurden durch Regen und andere Witterungseinflüsse zerstört; so sehen wir auf den Höhen des Harzes und anderer Mittelgebirge keine Salzlagerrücken mehr erhalten, sondern nur in den tiefen dazwischen liegenden Senken. Aber auch dort findet sich nicht überall Salz, sondern vielfach ist es durch das Tagwasser zernagt und zerstört worden. Andererseits sind durch die Faltungen auch viele Teile in solche Tiefen hineingerückt worden, daß sie für den Bergbau unerschöpflich werden. Diese Schichtungen gilt zunächst für Norddeutschland und Mitteldeutschland. Wo die Salzbildung sich in Norddeutschland verbreitet, da kommen nur an einigen wenigen Stellen pleistozäne Lagerungen vor, z. B. bei Speerberg und Müdersdorf. Da geraten kleinere Teile an die Oberfläche, zum Beispiel liegen die Salze in Norddeutschland in solchen Tiefen, daß sie für uns unerschöpflich sind. Auch im Osten des heutigen Deutschlands sind nur einige kleine Pfeiler der salzhaltigen Formationen an die Oberfläche gebrungen, so z. B. bei Hohenalza.

Mit den geschichtlichen Faltungsvorgängen und den Vulkanisationsvorgängen war auch eine intensive chemische Umbildung der Salz-lager verbunden. Durch diese Umbildung der hochgelegenen Teile durch das Grundwasser entstanden die Kalinitze. Sie liegen ihrer Natur nach immer nahe am Tage und nahe an der Berührungsstelle mit dem Grundwasser; daher können sie aber auch nicht immer gefördert werden, weil man auf die zu fürchtenden Wassereintriche Rücksicht nehmen muß.

Die Verbreitung und der Vorrat an derartigen edlen Salzen ist an sich schon nicht sehr groß und bleibt durch Eintreten des Wassers dauernd gefährdet. Daher sollte man sparsam mit den hochprozentigen Salzen umgehen. Bei freier Konkurrenz würde das Salz bald bald erschöpft sein. Das ist besonders in Hannover der Fall, dessen Salzverhältnisse besondere Aufmerksamkeit erheischen.

Geben wir nun zu dem zweiten Punkte über und fragen uns, wo wohl im Auslande Kalialzage vorhanden sind und Ansichten auf Konkurrenz bestehen? Wir können dann auch noch die Frage daran knüpfen, ob bisher noch unbekannte Schätze gefunden werden können?

Fassen wir da zunächst die uns am nächsten liegenden Gebiete ins Auge. Die Permformation reicht bis in den Alpidalgebirge und dann weiter hinüber in das benachbarte polandische Gebiet. Aber wie ist sie beschaffen? Zunächst sind die geologischen Verhältnisse ähnlich denen in Hannover. Die älteren Formationen kommen nur noch in einzelnen Pfeilern an die Oberfläche empor. Nur wo sich solche Formationen dort finden, könnte sie bergmännisch ausgenutzt werden. Aber schon an Mecklenburg vollzieht sich eine Veränderung der Beschaffenheit der Kalialzagerstätten. Die Mächtigkeit und Geschlossenheit löst sich

Arbeiter-schädigende Zustände im Allgemeinen Knappschaftsvereine.

Der Bergmann R. Sch. in Gelsenkirchen III feierte vom 5. bis 20. Oktober 1908 krank und wurde während dieser Feiertage seitens des Knappschaftsvereins nicht erinnert, daß Krankengeld gezahlt wird.

Um die Sache verständlicher zu machen, lassen wir, soweit wie notwendig, die ergangenen Bescheide folgen.

Allgemeiner Knappschaftsverein Bochum. 14. Dezember 1908. R. Sch. in Gelsenkirchen.

Ihr Anspruch auf Krankengeld für die Feiertage vom 5. bis 20. Oktober 1908 ist nur bis einschließlich 14. Oktober 1908 anerkannt worden.

Sie haben infolgedessen für 5 Tage Krankengeld überhoben, insgesamt 16 Mk., und sind verpflichtet, uns den Betrag zurückzuführen.

Die Verwaltung des Allgemeinen Knappschaftsvereins. Auf die gegen diesen Bescheid eingelegte Beschwerde hat auf Veranlassung des Königl. Oberbergamts in Dortmund der Knappschaftsverein seinen Bescheid wie folgt begründet.

Bochum, den 28. Januar 1909. Der Bergmann R. Sch. von Gelsenkirchen III feierte vom 5. Oktober 1908 ab an Influenza und rheumatischen Beschwerden krank.

In seinem Verichte vom 20. Oktober 1908 äußerte sich Dr. Deutschländer dahin, daß er dem Sch. am 20. Oktober 1908 besucht und gesund geschrieben habe.

Er hat jedoch aber bereits bis zum 20. Oktober 1908 einschl. erhoben, somit für fünf Tage (5. bis zum 20. Oktober 1908) Krankengeld zu Unrecht erhalten und ist verpflichtet, uns diesen Betrag zu erstatten.

Die Verwaltung des Allg. Knappschaftsvereins. Diese Begründung kennzeichnet das Verfahren beim Allg. Knappschaftsverein recht deutlich.

Was war das Ergebnis? Auf die gegen diese Begründung eingereichte Gegenklage hat das Königl. Oberbergamt Dortmund die Knappschaftsverwaltung nochmals um eine Verengung ersucht.

Den am 16. November 1909 vor dem genannten Gericht angelegten Termin verurteilte Sch. und wurde seine Klage durch Verwaltungsbescheid abgewiesen.

Am Gericht wurde festgestellt, daß Sch. am 16. Oktober 1908, als ihn der Vertrauensmann Chronik nicht zu Hause traf, einer polizeilichen Vorladung gefolgt war und dann wieder nach Hause kam.

Reche Holland (Schicht III und IV). Auf dieser Reche hatten die Schichtarbeiter beim Abteufen sechsstündige Schichtzeit, was ja auf sämtlichen Gruben des Ruhrgebietes gang und gebe ist.

Reche Neumühl. Wegen Mangel an Absatz legte Reche Neumühl am 4. März für die Mittag- und Nachtschicht und am 5. März für die Morgenschicht eine Feierschicht ein.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Auf meinen „offenen Brief“ an den Landtagsabgeordneten Cronowski (Zentrum) antwortete derselbe in dem Dortmund'schen Zentrumsblatt „Trennung“, indem er das Gerichtsurteil laut „Bergknappe“ abdruckte.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Gerade in diesem abgedruckten Urteil stehen aber die von mir im „offenen Brief“ zitierten Stellen, welche lauten: „Ein weitergehender Beweis, vor allem der allein wesentliche Beweis, daß vor Veröffentlichung der Klagen um den Streich gewirkt, ja sogar ihnen angeordnet hätten, ist dagegen nicht erbracht.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Und trotz der verschiedenen eidlischen Aussagen heißt es dann noch im Urteil: „Da man nun diese Aussagen bewerten wie man will, fest steht bei diesen diametral entgegen.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Auf meinen „offenen Brief“ an den Landtagsabgeordneten Cronowski (Zentrum) antwortete derselbe in dem Dortmund'schen Zentrumsblatt „Trennung“, indem er das Gerichtsurteil laut „Bergknappe“ abdruckte.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Gerade in diesem abgedruckten Urteil stehen aber die von mir im „offenen Brief“ zitierten Stellen, welche lauten: „Ein weitergehender Beweis, vor allem der allein wesentliche Beweis, daß vor Veröffentlichung der Klagen um den Streich gewirkt, ja sogar ihnen angeordnet hätten, ist dagegen nicht erbracht.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Und trotz der verschiedenen eidlischen Aussagen heißt es dann noch im Urteil: „Da man nun diese Aussagen bewerten wie man will, fest steht bei diesen diametral entgegen.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Auf meinen „offenen Brief“ an den Landtagsabgeordneten Cronowski (Zentrum) antwortete derselbe in dem Dortmund'schen Zentrumsblatt „Trennung“, indem er das Gerichtsurteil laut „Bergknappe“ abdruckte.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Gerade in diesem abgedruckten Urteil stehen aber die von mir im „offenen Brief“ zitierten Stellen, welche lauten: „Ein weitergehender Beweis, vor allem der allein wesentliche Beweis, daß vor Veröffentlichung der Klagen um den Streich gewirkt, ja sogar ihnen angeordnet hätten, ist dagegen nicht erbracht.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Und trotz der verschiedenen eidlischen Aussagen heißt es dann noch im Urteil: „Da man nun diese Aussagen bewerten wie man will, fest steht bei diesen diametral entgegen.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Auf meinen „offenen Brief“ an den Landtagsabgeordneten Cronowski (Zentrum) antwortete derselbe in dem Dortmund'schen Zentrumsblatt „Trennung“, indem er das Gerichtsurteil laut „Bergknappe“ abdruckte.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Gerade in diesem abgedruckten Urteil stehen aber die von mir im „offenen Brief“ zitierten Stellen, welche lauten: „Ein weitergehender Beweis, vor allem der allein wesentliche Beweis, daß vor Veröffentlichung der Klagen um den Streich gewirkt, ja sogar ihnen angeordnet hätten, ist dagegen nicht erbracht.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Und trotz der verschiedenen eidlischen Aussagen heißt es dann noch im Urteil: „Da man nun diese Aussagen bewerten wie man will, fest steht bei diesen diametral entgegen.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Auf meinen „offenen Brief“ an den Landtagsabgeordneten Cronowski (Zentrum) antwortete derselbe in dem Dortmund'schen Zentrumsblatt „Trennung“, indem er das Gerichtsurteil laut „Bergknappe“ abdruckte.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Gerade in diesem abgedruckten Urteil stehen aber die von mir im „offenen Brief“ zitierten Stellen, welche lauten: „Ein weitergehender Beweis, vor allem der allein wesentliche Beweis, daß vor Veröffentlichung der Klagen um den Streich gewirkt, ja sogar ihnen angeordnet hätten, ist dagegen nicht erbracht.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Und trotz der verschiedenen eidlischen Aussagen heißt es dann noch im Urteil: „Da man nun diese Aussagen bewerten wie man will, fest steht bei diesen diametral entgegen.“

Hannover, Braunschweig, Osnabrück-Lippe.

Gesamtsteinohlenwert Oberharzes. Die „Schaumburg-Lippische Landeszeitung“ bringt in Nr. 54 folgenden Text: „Oberharzen, 5. März. (vom Bergwerk.) Obgleich infolge des milden Winters der Abzug von Kohlen vielfach zu wünschen übrig gelassen hat, jedoch jetzt reichlicher Rohlenvorrat vorhanden ist, hat sich die Bergbehörde im Interesse der Bergleute doch nicht dazu verstehen können, Schichten ausfallen zu lassen.“

Wenn der Gläubiger, der nach Oberharzen gehbt, glaubt, daß durch Fellenfütterung die Bergarbeiter über ihre elende Lage hinweggetäuscht werden können, dann irrt er sich gewaltig. Die hiesigen Bergarbeiter haben nicht die geringste Veranlassung, dankbar zu sein, daß man ihnen den Lohn im Durchschnitt im letzten Berichtsjahre noch um 18 Mk. herunterdrückte.

Die unter mühevoller Arbeit die 429 342 Mk. herauszukaufeten, zu bedanken. Und das trotz der geradezu jämmerlichen Entlohnung. Der Durchschnittslohn, der im Jahre 1907 noch 908 Mk. betrug, sank auf 895 Mk. im Jahre 1908. Wie man hiernach von „dankebar anerkennen“ sagen kann, ist unverständlich.

Süddeutschland und Reichslande. Grube Hausdam. Die Herren von der Direktion und Betriebsleitung unserer Grube haben nichts gelernt und nichts vergessen. Sie murrieln auch heuer wieder fort wie in früheren Jahren, zum Schaden der ganzen Einwohnerschaft.

Reche Holland (Schicht III und IV). Auf dieser Reche hatten die Schichtarbeiter beim Abteufen sechsstündige Schichtzeit, was ja auf sämtlichen Gruben des Ruhrgebietes gang und gebe ist.

Reche Neumühl. Wegen Mangel an Absatz legte Reche Neumühl am 4. März für die Mittag- und Nachtschicht und am 5. März für die Morgenschicht eine Feierschicht ein.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Auf meinen „offenen Brief“ an den Landtagsabgeordneten Cronowski (Zentrum) antwortete derselbe in dem Dortmund'schen Zentrumsblatt „Trennung“, indem er das Gerichtsurteil laut „Bergknappe“ abdruckte.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Gerade in diesem abgedruckten Urteil stehen aber die von mir im „offenen Brief“ zitierten Stellen, welche lauten: „Ein weitergehender Beweis, vor allem der allein wesentliche Beweis, daß vor Veröffentlichung der Klagen um den Streich gewirkt, ja sogar ihnen angeordnet hätten, ist dagegen nicht erbracht.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Und trotz der verschiedenen eidlischen Aussagen heißt es dann noch im Urteil: „Da man nun diese Aussagen bewerten wie man will, fest steht bei diesen diametral entgegen.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Auf meinen „offenen Brief“ an den Landtagsabgeordneten Cronowski (Zentrum) antwortete derselbe in dem Dortmund'schen Zentrumsblatt „Trennung“, indem er das Gerichtsurteil laut „Bergknappe“ abdruckte.

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Gerade in diesem abgedruckten Urteil stehen aber die von mir im „offenen Brief“ zitierten Stellen, welche lauten: „Ein weitergehender Beweis, vor allem der allein wesentliche Beweis, daß vor Veröffentlichung der Klagen um den Streich gewirkt, ja sogar ihnen angeordnet hätten, ist dagegen nicht erbracht.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Und trotz der verschiedenen eidlischen Aussagen heißt es dann noch im Urteil: „Da man nun diese Aussagen bewerten wie man will, fest steht bei diesen diametral entgegen.“

Herr Zumbusch verleumdet weiter! Herr Cronowski kapituliert? Auf meinen „offenen Brief“ an den Landtagsabgeordneten Cronowski (Zentrum) antwortete derselbe in dem Dortmund'schen Zentrumsblatt „Trennung“, indem er das Gerichtsurteil laut „Bergknappe“ abdruckte.

aus dem Kreise der Kameraden.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

Der nationalliberale Arbeitersekretär Schmeitz hat am Sonntag, den 13. März in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung zu Werthe bekannt gegeben, daß der zweite Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kühme, der Verwaltung der Reche Lothringen um ein Kompromiß nachgesucht habe.

5. Was die Mieten der Beamten anbelangen, so zahlen diejenigen in den niederen Stufen mehr, als die in den oberen. Die Mietenpreise sind ohne Unterschied so gestellt, wie sie den Mietenpreisen im gesamten Stadtviertel entsprechen.

6. Was die angebliche aber nicht erfolgte Anstellung eines jüngeren Mitgliedes anbelangt, so werden wir prüfen, was wahr ist an der Behauptung ist. Soweit und z. B. bekannt, beruht die Behauptung im Flugblatt auf Unwahrheit.

7. Wenn Mitglieder ausgeschlossen werden und sie im Verband ein Schlichtungsgericht beantragen, so erkennen die Parteien in ihrer Eigenschaft die von Wilhelm Behring selbst geladen worden sind, haben den Ausschluß Behring ausgedehnt.

Das die Ende folgt für die Verleumder noch nach. Sie werden „juristisch gestellt“ werden!

Was kommt Zentrumskreisen auf einmal

Hatten sich, natürlich wegen Verleumdung des Bergarbeiterverbandes, vor dem Schlichtungsgericht in Essen zu verantworten. Es handelt sich hier um die letzten Klagen wegen der Wälder, die Spantol und Seinen einbrachten und die dann von den Zentrumskreisen stetig weiter getrieben wurde. Die zentralen Herrschaften gingen dabei so bereitwillig zu Werke, daß bekanntlich dem Bergarbeiterverband nichts anderes übrig blieb, als zu klagen. Vor Gericht wollten sämtliche fünf Beklagte unschuldig sein, keines wollte das Wasser gestrichelt haben. Das ist, was dem schändlichen Treiben Grundriss die Krone aufsetzt. Erst ist, was dem schändlichen Treiben Grundriss die Krone aufsetzt. Erst ist, was dem schändlichen Treiben Grundriss die Krone aufsetzt. Erst ist, was dem schändlichen Treiben Grundriss die Krone aufsetzt.

Der „Bergknapp“ über den Prozeß Zmbusch gegen Potorny.

Der Prozeß, den Herr Zmbusch gegen Potorny angestrengt hatte, ist vom „Bergknapp“ wie von der Zentrumspresse genau so behandelt worden, wie wir es vorausgesetzt haben. Lieber den Prozeß und über den Redakteur Zmbusch, wie über das Urteil haben wir uns eingehend in letzter Nummer dieser Zeitung ausgesprochen und dabei gesagt, daß der „Bergknapp“ sich sehr wohl hüten dürfte, einen objektiven Gerichtsbericht zu veröffentlichen. Das hat das christliche Organ denn auch wohlweislich unterlassen. Dafür kommt der „Bergknapp“ her und meint nativ: Potorny hätte den Prozeß selbst verurteilt! Ja, weiß denn Herr Zmbusch nicht, daß Potorny es in der Hand hatte, den Prozeß zu umgehen, da im ersten Termin Herr Zmbusch und sein Verteidiger nicht erschienen waren und darum Antrag auf Abweisung der Klage beantragt werden konnte? Potorny tat es aber nicht, weil er daran interessiert war, zu wissen, wie ein christlicher Arbeiterführer sich wegen seiner Stellungnahme zur Vertreibung der Lebenshaltung der Arbeiter vor Gericht herausredete! Das war doch interessant genug, es zu erfahren. Und obwohl Potorny mußte, daß er wegen der kräftigen Zehnjahres des Herrn Zmbusch, wegen der Form einzelner Ausdrücke bestraft werden konnte, ließ er den Prozeß seinen Gang gehen, was wir gewiß nicht bedauern. Wir sind nicht gewohnt, in feiger Weise zu klagen, wenn es sich darum handelt, für Verleumdungen einzustehen. Und das, was P. vor Gericht zu sagen hatte, ist zum großen Leidwesen des Herrn Zmbusch auch gesagt worden.

Zmbusch will seinen Prozeß angestrengt haben, weil Potorny seinerzeit Spitzel und Kälbe verlor. Insofern mag Zmbusch Recht haben, daß bei ihm vorerst die Absicht bestand, wegen der ungenügenden Aburteilung christlicher Verleumder in der letzten Zeit auch ein Urteil für den Gewerksverein herauszuschlagen. Aber dann kam ihm die Geschichte selbst bräutig vor und er samt seinem Verteidiger blieben dem ersten Termin fern. Und nur durch das freundliche Entgegenkommen unseres Kameraden kam es schließlich doch noch zu einem Prozeß. Was den Prozeß gegen Spitzel selbst anbelangt, so haben wir damit die Absicht verfolgt, was wir auch längst festgestellt haben, den infamen Verfasser und Verteiler des anonymen Zirkulars gegen Potorny herauszufinden. Was uns Dual der unbegrenzten Gerechtigkeit der christlichen Gewerksvereinsleitung glänzend gelungen ist. Heute wissen wir, daß der Verfasser des schmutzigen anonymen Zirkulars in der Gewerksvereinsleitung sitzt, und heute kennen wir auch seine Persönlichkeit. Als dann während der Zeit, wo das Zirkular verbreitet wurde, der „Bergknapp“ und Herr Effert hoch und teuer versprachen, die Verteiler des Zirkulars streng beim Stragen zu nehmen, da glauben wir gut zu tun, dem Gewerksverein hierzu die Gelegenheit zu geben. Wir nannten „Roh und Keiter“, wie man es gewünscht hätte. Dieselbe Gewerksvereinsleitung, die das Urteil wegen des 30000-Mark-Fahrgeldes nicht genug aufreizen konnte, zog sich ins Mansfeld juristisch, als es galt, den Verleumder in den eigenen Reihen an den Stragen zu geben. Letzte Gesellschaft, daß Verleugner und feige zog man die Fäden ein. So verlegte und feige, daß Potorny einen Menschen, der Mitarbeiter am „Bergknapp“ ist, schließlich öffentlich durch die Presse einen moralisch verkommenen Menschen, der wider besseres Wissen Verleumdungen in die Welt setzt, nannte. Und siehe da, im „Bergknapp“ blieb es ruhig und auch das Gerächel blieb still, das öffentlich für moralisch verurteilt erklärt worden war. Der Aufforderung, sich vor Gericht das beständige zu lassen, ging dieser Mensch aus dem Wege, lieber ließ er sich betiteln als das, für was er sich schließlich selber hielt. Das eine gute dabei ist, daß wir nicht einmal den Namen zu nennen brauchten, die Bergarbeiterzeitung kannte den Verfasser auch so. Auch Herr Redakteur Zmbusch weiß sehr gut, wer gemeint ist. Also, sehr gefährlich ist man in leitenden Gewerksvereinstreifen nicht.

Wie arm und dürftig der Inhalt des Prozeßberichtes im „Bergknapp“ ist und wie der christlichen Herrschaften der Atem ausgegangen ist, beweist, daß man sich diesen Bericht nicht abschließen kann, ohne erst einen neuen Schwabbel in die Welt zu setzen, bezw. Tatsächliches zu fällen. Der „Bergknapp“ schreibt:

„Eine recht erstaunliche Entwertung des Prozeßes ist die Feststellung, daß die belauschte Kälbe...“

Dr. Herzfeld, vor Gericht erklärte, daß Potorny (der sich als der Verfasser des inkriminierten Artikels bekannt hatte) nur während der Zeit die Bergarbeiterzeitung leitete, als Hue und Wagner trant waren. Potorny kehrte aber sofort zurück durch eine Zwischenbemerkung richtig, daß Hue mit der Zeitung der Bergarbeiterzeitung seit 1906 nichts mehr zu tun habe. Er, Potorny, habe die Zeitung, der er vorstehe, während der Krankheit Wagners geleitet. Das weiß jeder Mensch, auch die Bergknappenleitung weiß das. Aber da der Gewerksverein alles andere, nur keine Vorarbeiten erzieht in dem Prozeß, hat man durch Fälschung und Schwindel noch etwas für sich herauszuschlagen gesucht.

In den zentralistischen Kreisen streifen nichts Neues. Geschäftliche Gerichtsberichte, gefällige Parlamentsberichterstattungen, Verleumdungen, falsche Berichte sind ihnen bekanntgewesen. Sie fälschen die christlichen Grundgesetze um. Und sie sind es, vor denen so ziemlich alle Parteien waren. Der sich mit ihnen abgab, ist betrogen. Wäre es möglich, sie fälschen gar die Schöpfung um.

„Sie, diese Schichten“, liegen und fälschen, fälschen und liegen fortgesetzt, was das Zeug hält. In Duzenden Fällen ist ihnen ihr

(Schwindelhaftes Betragen nun allein von uns nachgemessen worden, aber sie verkommen, fälschen und liegen weiter. Welche Erfahrungen mußte erst Edmund gemacht haben, als er die Zentrumspartei die „Partei der verlogenen Gesunkenen“ nannte. Und wie viel Wahrheit liegt doch in dem Ausspruch Engels: „Sie liegen wie die Zettel und Schwindeln aus Primat.“

Das preussische Wahlrechtsmonstrum

ist vergangen, nachdem das Zentrum noch einige Verfassungsänderungsvorschläge durchdrückte, mit 188 gegen 168 Stimmen angenommen worden. Jetzt geht die Vorlage an das Herrenhaus.

Noch ein christlicher Verleumder auf der Strecke.

Wegen Verleumdung unseres früheren Kameraden, jetzigen Arbeiterzeitung Redakteur, wurde das Mitglied des christlichen Gewerksvereins, Friedrich Wälder, mit 30 Wk. Geldstrafe bestraft. Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Die Knappschaffswahlen,

welche am Samstag, 19. März, stattfanden, brachten folgende Resultate. Es erhielten Stimmen:

| | | | | |
|-------------------------------|-------------------------|-------|----------|--|
| Im Sprengel Nr. 17a (Gertze) | | | | |
| Verband | Folien | Seche | ungültig | |
| 184 | 880 | 244 | 2 | |
| Im Sprengel Nr. 108 (Wengede) | | | | |
| Verband | Christl. Gewerksvereine | | | |
| 228 | 120 | | | |

Am diesem Resultat ist beschämend, daß die Rechtspartei im Sprengel Gertze 100 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Wenn wahren in diesem Sprengel sehr viele Rechtsleute, aber so groß wurde die Stimmenzahl der Rechtskandidaten doch nicht sein. Hier gingen allerdings auch die „Christlichen“ mit der Rechten zusammen.

Schuldenerkurz.

Am 18. März starb auf der Zeche Wilcoxia der alte Fährschicht zusammen. Menschen sind gottloserweise dabei nicht zu Tode gekommen. Die Belegschaft, ca. 4-500 Mann, ist gezwungen, sich anderweitig Arbeit zu suchen.

Ein Streikerfolg.

Auf der Braunkohlegrube Neue Hoffnung bei Könnelste brach am 7. März d. J. ein Streik aus. Die Maßregelung eines Vertrauensmannes unseres Verbandes gab die Veranlassung hierzu. Der Streik wurde am 10. März durch Verhandeln mit der Werkvermittlung im Wesen des dortigen Belegschaften beigelegt. Es wurde die Wiederanstellung des gemäßigten Vertrauensmannes, wöchentliche Lohnzahlung an Stelle der vierwöchentlichen, zehn Pfennig Lohnzulage für Liebertagsarbeiter pro Schicht zugesagt. Weiter wurde zugesagt, daß das Bedingte für die anderwärts beschäftigten Arbeiter in Aussicht genommen sei, daß durchschnittlich 1,50 Wk. pro Schicht verdient werden können. Auf Grund dieser Zugeständnisse wurde der Streik, wie gesagt, am 10. März beigelegt.

Ein Nationales Bergarbeiterverein

hat sich für Garpap und Umgebung gebildet. Der Verein, eine gelbe Blange, hat sich zum Vorsitzenden August Klein erkoren, der alles versuchen will, die Ruhrbergarbeiterschaft in erster Linie sich selbst wegen der tollsten Vereinsneugier zum Gesicht der Welt zu machen. Aber August Klein ist zu klein dazu, um die Ruhrbergleute zu blamieren. Das wollen wir ihm doch gesagt haben. Mit sich selbst mag er beginnen was er will, da er für seine Erziehung nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Auf krummen Wegen.

In den letzten Jahren ist verschiedentlich versucht worden, gelbe Organisationen in die Reihen der Bergarbeiter hineinzubringen. So z. B. auf den Bechen des Kölniger Bergwerksvereins unter dem Regiment des verstorbenen Bergwerksrats Krabber, aber ohne Erfolg. In Gelsenkirchen versuchte es ein Herr Jedameczki vor einigen Jahren durch Gründung eines „Christl. und Westpreussischen Bundes christlicher Berg- und Hüttenarbeiter“. Diese Gründung ist schon längst den Weg alles Irdischen gegangen. Für den Gründer hat sie allerdings den Erfolg gehabt, daß er heute nationalliberaler Parteisekretär in Wanne ist, mit der besonderen Aufgabe, die Maßnahmen und Streitigkeiten der nationalliberalen Partei zu gewinnen resp. sie für zu erhalten. Inwiefern dieses gelingen wird, können wir dahingestellt sein lassen. Es ist sehr bedauerlich, daß man nichts unversucht lassen wird, die Bergarbeiter aus dem Reich des Bergarbeiterverbandes und der sozialdemokratischen Partei herauszubringen, und daß kein Mittel unversucht bleibt, um diesem Ziele näher zu kommen. Da man das bisher auf offenem Wege nicht erlangen konnte, versucht man es anheimelnd jetzt auf krummen, wie nachstehendes Inserat in der Gelsenkirchener „Allgemeinen Zeitung“ vom 10. d. M. beweist:

Unentgeltliche Auskunftsstelle für Bergarbeiter

Gelsenkirchen, Vereinsstr. 48. part.

Bergarbeiter und deren Familienangehörige erhalten unentgeltliche Rechtsberatung. Alle in Frage kommenden Schriftsätze, sowie auch Steuerreklamationen werden unentgeltlich angefertigt. Sprechstunden wochentags vormittags von 8 bis 11 1/2 Uhr, nachmittags von 3 bis 5 1/2 Uhr, Mittwochs vormittags, Samstags nachmittags und Sonntags bleibt das Bureau geschlossen.

Da drängt sich die Frage auf: Wer ist der Rechtschaff-erleizer? Es ist Herr Kapparel, der bekannte Herausgeber der „Sozial- und wirtschaftlichen Korrespondenz“, und ehemaliger Parteisekretär der nationalliberalen Partei für Gelsenkirchen.

Daß Herr Kapparel sich Mühe gegeben hat, bei den Unternehmern unterzukommen, ist eine Tatsache. So hat er bei der Errichtung des Arbeitsnachweises des Bechenverbandes auf eine Stelle im Hauptbureau gehopt. Aber trotz dem eifrigen Eintreten in seiner Korrespondenz für die Unternehmer und speziell für den Arbeitsnachweis sollte seine Hoffnung nicht in Erfüllung gehen. Mit der nationalliberalen Partei hat er sich auch ziemlich überworfen, so daß dort wenig Aussicht für ihn bestand, wieder unterzukommen. Nun scheint es ihm doch gelungen zu sein, beim Bechenhändlerverband Gnade zu finden. Oder wer sollte anders die Kosten das Bureau bestreiten?

Da die Bechenhändler aber ihr Geld nicht um der schönen Augen der rechtsuchenden Arbeiter missen ausgeben pflegen, ist wohl die Vermutung nahelegend, daß sie einen besonderen Zweck mit der Sache verfolgen. Und das dürfte eben der sein, auf diesem Wege Mitglieder für eine gelbe Organisation zu bekommen.

Ist diese Vermutung zutreffend, so werden die Herren sehr bald inne werden, daß sie auch auf diesem Wege nicht ihren Zweck erreichen, denn den Bergarbeitern, die es nicht ohnein wissen, wird es der gesunde Instinkt sagen, daß sie die Wahrnehmung ihrer Rechtsangelegenheiten nicht einer Unternehmereinrichtung anvertrauen können. Als etwas anderes werden sie aber ein Bureau nicht betrachten, das von dem Herausgeber der gegenstandslosen Korrespondenz geleitet wird.

Die Singer-Nähmaschine.

hergestellt und seit Jahren in Deutschland verbreitet durch die amerikanische The Singer Manufacturing Co., erfreut sich auch in Arbeiterfamilien großer Beliebtheit und dürfte es daher zeitgemäß sein, etwa näheres über die Arbeitsverhältnisse zu erfahren. Durch die Zulagegebung veranlaßt, errichtete The Singer Manufacturing Co. vor einigen Jahren in Wittenberge, Bezirk Potsdam, einen modernen Großbetrieb für Deutschland, der auch in Bezug auf die kapitalistische Ausbeutung im wahren Sinne des Wortes modern ist, verpönt man doch in Bezug auf die Behandlung und Bezahlung der Arbeiter fast nichts von einem modernen Zug der Zeit. Die Arbeitszeit beträgt täglich zehn Stunden, Sonnabends wird nach englischen Muster bis 2 Uhr durchgearbeitet. Die Arbeiter wärfen 5 Minuten vor Beginn der Arbeitzeit das Fabrikat passiert haben, andernfalls sie auf einen halben Tag ausgesperrt werden. Das gleiche gilt nach Ablauf der auf eine Stunde festgesetzten Mittagspause, sobald von dieser Pause den Arbeitern tatsächlich nur 55 Minuten zur Verfügung stehen. Frühstücks- und Besserpausen gibt es nicht. Die zur Einnahme der Mahlzeit eingerichteten Speisefäle dürften bis vor kurzem von den Angehörigen der Arbeiter nicht betreten werden, weil, wie die Direktion behauptet, zuviel gestohlen worden sei. Arbeiter, denen ihr Mittagessen von ihren Angehörigen gebracht wurde, mußten entweder auf gemeinschaftliche Mahlzeiten mit diesen verzichten, oder das Essen im Speisekammer einnehmen. Steuerebings hat man zwei Speisefäle freigegeben. Durch Zahlung von Geld-

prämien hat die Fabrikleitung es verstanden, die Arbeiter zur höchsten Leistungsfähigkeit anzuregen und dann nach den Höchstleistungen die Akkordpreise festgesetzt. Wie raffiniert dabei vorgegangen wird, möge nachstehendes Beispiel dartun:

In einer Abteilung müssen bei einem Stundenlohn von 40 Pfg. 84 Maschinen pro Woche fertigt werden. Für jede Maschine, die der einzelne Arbeiter über das Pensum lustert, erhält er 6 Pfg. Prämie. Es kostet die Maschine, wenn nur das Pensum gemacht wird, bei 40 Pfg. 2 Stundenlohn 27 1/2 Pfg. pro Stück. Jede weitere Maschine, die über das Pensum gemacht wird, boargen nur 6 Pfg. pro Stück. Ganz sicher am feines Geschäft für die Firma. Beinhalt wird es in den anderen Abteilungen gehandhabt. Die neu Eingestellten erhalten 85 bis 90 Pfg. geringere Akkordpreise als die Arbeiter, die die Firma von Hamburg mitgebracht hat. Stundenlöhne von 30 Pfg. für gelernte Arbeiter sind gar nicht selten. Für Arbeiter, die im Akkord arbeiten oder einmal Gelegenheit haben, im Akkord beschäftigt zu werden, ist der Stundenlohn mit Ausnahme zweier Abteilungen grundsätzlich auf 32 Pfg. festgesetzt. Wer also nur einige Stunden in der Woche Akkord arbeitet, kann ihn die übrige Zeit, die er im Stundenlohn arbeitet, nur 32 Pfg. pro Stunde beanspruchen. „Das ist Prinzip“, sagen die Herren Direktoren. Nach Auszahlung eines der Herren Direktoren, eines Gelsenbüders, soll das für die deutschen Arbeiter genug sein. Wer dafür nicht arbeiten kann, soll sich bessere Arbeit suchen, die Leistungen der deutschen Arbeiter seien noch lange nicht ausreichend, die müssen erst arbeiten lernen.

Zugend welche Organisation oder Vertretung der Arbeiter haben können oder wollen die Direktoren nicht anerkennen. Jeder mag sich seinen vertreten. Auch im Patrioticismus machen die Herren sehr viel. Sie ordnen an, Kaiser Geburtstag wird nicht gefeiert, aber an Bezahlung des willkürlich angedrehten Feiertags denken sie nicht. Die Gewerbeordnung existiert für sie nicht. „Wir brauchen keine Gewerbeordnung, unsere Gesetze machen wir allein.“ Das ist der Standpunkt der Direktoren, die allerdings nicht auf die deutschen, sondern auf die amerikanischen Arbeiter als Kulis betrachtet. Dies möge für heute genügen. Später mehr.

Die Wanzentaktik des Abgeordneten Zmbusch.

Wir hatten Herrn Zmbusch aufgefordert, seine im preussischen Landtag ausgelegenen Verleumdungen gegen Sachtz und Hue zu wiederholen, da, wo ihn die Immunität als Abgeordneter nicht schützt. Herr Zmbusch geht es aber vor, zu klagen! Statt unserem Wunsch nachzukommen, versucht er sich als der „tanganer Gisel“, d. h. er ergeht sich in allerhand Kapriolenkünsten. Ich nein, Herr Zmbusch! So haben wir nicht gewettet. Wer solche frache und frivole Behauptungen im Parlament aufstellt, der muß auch den Mut haben, sie draußen im Lande zu wiederholen. Wenn nicht, dann müssen wir ihn als einen Menschen hinstrafen, der zwar in gebeter Stelle den Mut hat, sich mit verlogener Redeweise auszugeben, aber zu feige ist, sie nach draußen hin zu veranworten. Der Abgeordnete Zmbusch hat hier vom christlichen Gewerksvereinssekretär Zmbusch schon recht viel gelernt. Er hat in den Verleumdungen wie ein Frosch aufblasen, dann aber, wo es ihm an den Kräfte geht, in erbarungswürdiger Weise sich brühen, daß die Tat mit die Wanzentaktik Zmbuschs. So ging es mit August Brust, so geht es mit den meisten seiner Nachfolger. Nun, schließlich haben sie sich unter sich nicht anders behandelt, als wie sie es gegenüber ihren Gegnern bisher für gut befanden.

Da Herr Zmbusch es für gut befunden hat, auf seine Charakterisierung durch August Brust nicht einzugehen, so wollen wir das heute noch einmal nachholen. Herr Brust schrieb über seinen Freund Zmbusch unter der Überschrift: „Christliche Verleumder und Ehrabschneider am Bergknapp“ folgendes:

„Die überaus nichtsnutzige Gebrüder Zmbusch-Kärrup-Sippe am Bergknapp“, dem Organ des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, setzt in dessen neuester Nummer von heutigen Datum in der schamlosesten Weise ihren Verleumdungs-Feldzug gegen unsern Redakteur fort. Die Sippe entblödet sich, von Gesehäftsmied Brust zu reden, der längst das Vertrauen der Arbeiter eingebüßt. Jamobst! Brust hat schon längst das Vertrauen der Sozialdemokraten und deren geknurrten Verwandten Elemente unter christlichem Deckmantel verloren. Dann erstreckt sich die Sippe, Brust der Wausierung zu bezichtigten: „Er könnte sich heute von einem Unternehmervorstand anstellen lassen“, und da sei es, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht der Arbeiter, den Abgeordneten Brust unmöglich zu machen.“ Dann fordert die hochwürdige, an Größenvahn leidende Sippe — da Brust und der Verleugner unserer Zeitung nicht hören wollen“, die Kameraden zum Handeln auf; mit anderen Worten: unsere Zeitung zu schädigen.

Daß die Firma Gebrüder Zmbusch-Kärrup schon längst das Bedürfnis hat, Gesehäftsmied zu werden und Brust auch als Abgeordneten zu verdrängen, war uns längst bekannt. Wir können der Gesellschaft aber auch verraten, daß Brust als Abgeordneter ebensojüng ein Lieber ist, wie als ehemaliger Leiter des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter. Über die Gesellschaft Gebrüder Zmbusch-Kärrup hat ihm nicht das Abgeordnetenmandat übertragen, da haben ganz andere Faktoren gewirkt und genannte Firma Gebrüder Zmbusch-Kärrup dem Brüst dazuzusetzen!

Und nachdem Brust in dem Artikel die Kampfesweise der Bergknappenleiter und ihrer Anhänger gegen ihn und selbst gegen Gesellschaft näher schildert, kommt er zu folgendem Schluß:

„Vorab bitten wir die christlichen Bergleute recht dringend, nicht vom Gewerksverein abzulaufen, aber die Augen offen zu halten und herartige Schädlinge, wie die gekennzeichneten Elemente, herabzujustellen. Unsere sachgemäßen und gütigen Darlegungen über die kritische Situation in der Knappschaffsreformbewegung mögen sie nicht zu widerlegen; sie unerschütten aber auch die Wahrheit. Dem langjährigen Vorstandsmitglied des Gewerksvereins und des Allgemeinen Knappschaffsvereins, dem Vorkämpfer Franz Schärer, Vortrop, der es so eifrig um die Sache der Bergleute meint, wie es ehrlicher kein Mensch meinen kann, hat man auf der Geschäftsstelle des Gewerksvereins in Essen gleichsam auch schon mit dem Herauswurfer gedroht und nur seine großen Verdienste um den Gewerksverein noch als mildernende Umstände gelten lassen. Die Frechheit von Einzelpersonen — wir sagen: Gott sei Dank nur von Einzelpersonen — im Gewerksverein übersteigt tatsächlich alles Maß, so daß es uns nicht mehr länger möglich ist, den Gang der Dinge ruhig zuzusehen, wie wir es lange Zeit getan haben. Hier entwickeln sich langsam Dinge, welchen größte Aufmerksamkeit zu schenken der Öffentlichkeit und allen wahren Freunden der christlichen Arbeiter nicht vorbehalten bleiben wird.“

Diese Stellen geben wir in Nr. 11 unserer Zeitung in unserer Aufforderung an den Landtagsabgeordneten Zmbusch wieder. Wir bringen diese Nachzeichnung durch Brust noch einmal, da wir annehmen können, daß Herr Zmbusch sie vielleicht übersehen oder bei seiner Erwiderung auf unsere Aufforderung (wenn wieder vergessen haben könnte, da Herr Zmbusch aber nicht glauben soll, daß wir nur zu seinem Schaden einen Platz für ihm in unserm Blatte offen halten, wollen wir zur Abwechslung auch noch kurz feststellen, was die „hochwürdige, an Größenvahn leidende Sippe“, wie sich Brust in seiner sinnreichen Glorifikation der „Bergknappen“leute und ihrer Anhänger ausdrückt, über Brust selbst zum Besten gegeben hat. So lernen wir nämlich die christlichen Herrschaften am besten kennen.

„Ich weiß wohl, daß die Verbandsleitung christlich wirtschaftlich, aber es ist mein Geschäft, sie zu verdächtigen.“

So hatte einmal August Brust ausgerufen und nach dieser Methode schufte auch seine Schüler ein. Demgegenüber schrieb der „Bergknapp“ am 3. Dezember 1904: Brust habe seinen Kollegen häufig gelehrt:

„Ein Arbeiterführer darf, auch wenn er Unrecht hat, dies doch niemals eingestehen.“

Diese von acht M-Gladbacher Christentum getragenen Lehrgesetze haben denn auch wunderbare Wirkungen erzielt, wie die später Zeit bezüglich verschiedener Gewerksvereinsleiter gezeigt hat.

Doch sehen wir zu, was die Herren in der Gewerksvereinsleitung Herrn Brust, viel später noch als das 30000-Mark-Fahrgeld erzählten, lagerten hatten.

Als im Jahre 1907 ein neues Statut für den Allgemeinen Knappschaffsverein Bochum geschaffen werden mußte, kam es zu einer heftigen Fehde zwischen Brust und der Leitung des „christlichen“ Gewerksvereins. Die Leitung damals die Taktik ein, die er früher bei ähnlichen Anlässen eingeschlagen hatte: Er empfahl in der Presse und in Versammlungen den „christlichen“ Knappschaffsältesten, den falschen Statutentwurf der Herrschen anzunehmen. Brust schrieb damals, wenn der Entwurf der Herrschen nicht angenommen würde, so erlasse die Bergbehörde zwei weitere neue Satzungen und er zeigte bei dieser Gelegenheit auch die Bestimmungen dann ausführen würden. Der „Bergknapp“ jütete

die Auslassungen Brusts in seiner Nr. 44 vom Jahre 1907 und knüpfte daran die Frage:

„Der gab dem Herrn Abgeordneten Brust hierzu das Material? Damit sollte doch zweifellos angedeutet werden, daß die Gewerksvereinsleitung Brust stark im Verdacht habe, als Konspirator er mit den Arbeiterfeinden. Aber es kommt noch besser. In Nr. 46 vom Jahre 1907 schrieb der „Vergnapper“:

„Der Geschichtsschreiber Herr Brust hat ja längst das Vertrauen der Arbeiter eingebüßt.“

Und in der gleichen Nummer des „Vergnappers“ heißt es gar:

„Er (Brust) scheint also noch immer nicht einzusehen, daß er in einer Arbeiterorganisation nicht mehr zu gebrauchen ist und daß ihn die Vergleute lieber feigen, als daß sie ihn zu ihrem Führer wählen. Wir behauern aufrichtig, daß ein Mann aus dem Arbeiterstande, der dessen Leiden am eigenen Leibe gefoltert, sich so manieren konnte wie Herr Brust. Er könnte sich heute von einem Unternehmervorstand anstellen lassen.“

Hier wird Brust also unverblümt von seinen eigenen Freunden als Unternehmervorstand hingestellt. In Nr. 47 vom Jahre 1907 schrieb der „Vergnapper“:

„Wenn heute fast alle Arbeiter, und besonders die intelligenten, es bedauern, daß Sie, Herr Brust, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses sind, so tragen Sie selbst die Schuld. Nicht einzelnen Gewerksvereinsführern, sondern Ihnen selbst ist es anzuschreiben, wenn viele Arbeiter lieber einem Unternehmer Ihr Mandat gönnen, als Ihnen, weil Sie glauben, daß dieser den Arbeitern weniger Schaden kann und schadet, als Sie.“

Schau einer an! Reizt nicht wieder, was einst im 80000 Mark-Flugblatt in anderen Worten enthalten war? Herr Brust wird von seinen eigenen Freunden als Unternehmervorstand hingestellt, der sogar den Arbeitern mehr schadet als ein Unternehmer selbst! Die Vergleute würden lieber August Brust feigen, als daß sie ihn zu ihrem Führer wählen! Und das andere mit, was man Brust an den Kopf warf! Sind das nicht Vorwürfe, die zu ahnen lassen, daß man Brust allerhand, selbst in der Gewerksvereinsleitung zutraut! Herr Imbusch, wie können Sie von nicht eingeweihten Leuten eine andere Meinung über Brust verlangen, wenn schon die Gewerksvereinsleitung, wozu Sie mit gehören, Herrn Brust von „Vergärbeitern“ eher feigen lassen, als Ihnen, weil Sie glauben, daß dieser den Arbeitern weniger Schaden kann und schadet, als Sie.“

Das ist nicht wieder, was einst im 80000 Mark-Flugblatt in anderen Worten enthalten war? Herr Brust wird von seinen eigenen Freunden als Unternehmervorstand hingestellt, der sogar den Arbeitern mehr schadet als ein Unternehmer selbst! Die Vergleute würden lieber August Brust feigen, als daß sie ihn zu ihrem Führer wählen! Und das andere mit, was man Brust an den Kopf warf! Sind das nicht Vorwürfe, die zu ahnen lassen, daß man Brust allerhand, selbst in der Gewerksvereinsleitung zutraut! Herr Imbusch, wie können Sie von nicht eingeweihten Leuten eine andere Meinung über Brust verlangen, wenn schon die Gewerksvereinsleitung, wozu Sie mit gehören, Herrn Brust von „Vergärbeitern“ eher feigen lassen, als Ihnen, weil Sie glauben, daß dieser den Arbeitern weniger Schaden kann und schadet, als Sie.“

Franz Behrens im Mansfelder Revier.

Am 13. März gab Franz Behrens in Giesleben seine erste Vorlesung, mit der der Zweck verknüpft war, den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter im Mansfelder Revier einzuführen. Einen Bezirksleiter für dieses Revier hat sich der Gewerksverein ja schon seit einiger Zeit zugelegt, der bis jetzt ein tüchtig Stück Geld kostet, aber dem Gewerksverein nichts einbringt. Herr Walter, früher in Witten i. W., verhielt sich als Offizier ohne Soldaten! Nun, manchen seiner Kollegen (siehe Oberhesslerien) geht es nicht besser. Aber der Gewerksverein hat Geld zu solchen Wozen und Gehältern. Und so wird er warten, bis sich ein Walter ein Stadtdrittel gruppiert. Dann ist der Gewerksverein auch im Mansfelder Revier „mächtig“. Also abwarten. Herr Behrens wollte über die Lage der Mansfelder Bergarbeiter reden, wenigstens was das Thema so angeht. Aber er ließ diese Tagesordnung fahren und begab sich auf den schlipfrigen Weg, den christlichen Gewerksverein als die „einzige richtige Organisation“ den Mansfelder Knappen zu empfehlen. Das ist nicht so leicht, mußte der Verblüffungsleiter Walter gleich bei der Eröffnung der Versammlung erfahren. Mit kräftigem „Wald auf“ begrüßte er die jährlich erschienenen Knappen, aber als er auf den Gegenruß wartete, wartete er vergebens! Immer aber ließ man ihn sein Einleitungsprüchlein ruhig herlegen. Herr Behrens hingegen mußte bald spüren, daß er sich am unrechten Woz begehen hatte. Seine Ausführungen, die sich vornehmlich um die bekannte Weltanschauungs predigten drehten, trafen auf heftigen Widerstand der Versammelten. Große Heiterkeit setzte ein, als Franz Behrens mit treuherziger Miene der Versammlung erzählte, daß der christliche Gewerksverein sich gern schon früher (noch ehe der Streik einsetzte) um das Mansfelder Gebiet gekümmert hätte, aber der Gewerksverein habe befürchtet, daß es bei der schlechtesten Lage der Mansfelder Knappen zu einer Lohnbewegung hätte kommen können!!! Also blieb der christliche Gewerksverein solange weit ab vom Schuß, bis sich die Mansfelder Knappen mit Hilfe des Verbandes ihre Rechte zu wahren suchten. Jetzt, nachdem die erste Schlacht geschlagen, das Koalitionsrecht erzwungen, glaubt der Gewerksverein seine Zeit für gekommen, das Schlachtfeld abzufuchen nach Art der Schlachtfeldhähnen. Behrens meinte, daß er den Verband ja gerade nicht befechten und bekämpfen wolle. Nur wolle der Gewerksverein alle solche Knappen unter seine Fahne scharen, die sich zu dem W. Gladbacher Christentum bekennen. Um es somit zu bringen, verlegte sich Franz Behrens schon in seiner Rede auf die Bekämpfung der freien Gewerkschaften. Ihm wurde daher von Volturn, der als Diskussionsredner sich gemeldet hatte, bezeugt. Nicht minder ging ein höherer Bekehrer und Akademiker aus Giesleben mit Behrens ins Gericht. Es sei ein Skandal, meinte der Lehrer, daß die Religion von der Zentrumspartei und von den christlichen Kapitalisten in die Arena der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe gesetzt würde. Die Religion sei zu heilig, als daß sie so mißbraucht werden darf, wie es durch Behrens und seine Freunde geschieht!!! Herr Behrens und seine Freunde hätten auch allzuoft ihre Pflichten der Arbeiterklasse gegenüber vergessen, indem sie den Junkern Gefälligkeit gegenüber vergaßen, die der Wertuerung der Lebensmittel! Behrens und Herr Walter suchten darzulegen, daß die Fragen der Steuern politische Fragen seien. Jedenfalls meinten die beiden, so am besten um die Erweiterung dieser heiligen Frage herumzukommen. Unter förmlichem Jubel der Versammelten zerkaute Volturn auch dieses Argument der beiden „Christlichen“. Ruhig und schonungslos zeigte unser Kamerad, wie jeder denkende Arbeiter alle Ursache hat, den christlichen Gewerkschaften und ihren Führern mit größtem Mißtrauen zu begegnen. Herr Behrens schloß wohl selbst, daß so etwas wie eine moralische Abfälligkeit über ihn und seine Freunde gekommen war, denn er fing ganz entgegen seiner sonstigen Natur an, recht nervös zu werden. Seine hochgradige Erregung stieg noch, als er das Schlüsselwort nahm und ihn von allen Seiten angegriffen wurde, aufjubelnd! Als er es dennoch nicht tat, zog fast die ganze Versammlung es vor, abzugehen. Nur einige Geduldige hielten bis zum Schluß aus. Dafür bekamen sie vom 80000 Mark-Flugblatt zu führen, von W. Gladbacher Zitaten u. a. m. In zehn Minuten war Behrens fertig und der letzte Bekehr der Versammlung waren erfüllt. Draußen aber war man sich einig, daß Herr Behrens es zu einer zweiten Auseinandersetzung wie diese nicht mehr kommen lassen wird. Wurde doch den Mansfelder Bergarbeitern gezeigt, wie sehr sie sich und zwar mit Recht, den christlichen Gewerksverein im Mansfelder Revier vom Halse zu halten haben. Und das dieses geschieht, dafür besteht für uns kein Zweifel.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Folgen der Erziehung in oberschlesischen Kriegervereinen.

Im vergangenen Sommer wurde der Rautomer Kriegerverein zu einem Feste des Kriegervereins Czernikow von diesem eingeladen. Während des Tages kam es zu einem blutigen Kriege zwischen den beiden

Vereinen, welcher vor kurzem vor dem Schöffengerichte in Rybnitz endgültig entschieden wurde. Die Kriegervereinsmitglieder Udamel, Grünmann und Bernit aus Rautomer wurden zu Gefängnisstrafen von einem bis vier Monaten verurteilt. Grünmanns früherer Polizist, jetzt Maschinist auf der Rautomer Grube, ist derjenige, der sich rühmt, daß er eine Bergarbeiterversammlung unter freiem Himmel in Rybnitz dadurch unmöglich gemacht habe, daß er die Betriebsverwaltungen davon in Kenntnis setzte und diese haben dann die Verammlung vereitelt. Seine Ehefrau äußerte vor den Frauen in ihrem Laden, daß ihr Ehemann begnadigt werden muß von der Gefängnisstrafe, weil er den Sozialdemokraten die Abhaltung der Versammlung unmöglich gemacht habe. Bernit ist wieder derjenige, welcher vor einem Jahre äußerte, daß, wenn der Sozialdemokrat aus Rybnitz (Rybnitz) nach Rautomer kommen wird, dann schlägt er ihn tot und dafür kann er nicht bestraft werden. Hier zeigt sich ja recht, wie verderblich der „erzieherische“ Einfluß der Kriegervereine wirkt. Der lange Frieden scheint diesen kriegerischen Köpfen nicht zu gefallen, denn sie suchen einen Feind und weil sie keinen anderen Feind finden können, schlagen sie sich gegenseitig im eigenen Lager die Köpfe blutig. Begnadigt müßten diese Leute auf alle Fälle werden und nebenbei noch einen zwei Zentner schweren Orden erhalten.

Oberschlesische Versammlungsfreiheit.

Im Herbst 1909 meldete unser Bezirksleiter Fr. Scholtzky Rybnitz zwei Versammlungen unter freiem Himmel auf einem 27 Morgen großen Grundstück im kleinen Dorf Chalupki bei Rybnitz, Kreis Rybnitz, an. Darauf kam folgender Beschluß:

„Ich bin nicht in der Lage, Ihnen die nachgesuchte Genehmigung zur Abhaltung von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel am 10. und 17. d. M. in Chalupki zu erteilen, weil aus der Abhaltung der Versammlungen Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist. Der Amtsvorstand.“

Da das fragliche Grundstück im Felde ganz für sich liegt, konnte Sch. nicht begreifen, wodurch die große Gefahr begründet war und fragte deshalb beim Amtsvorstand an um Angabe der Gründe für das Verbot. Auf eine Antwort des Amtsvorstandes wartete Sch. noch heute. Nun wurde eine Beschwerde beim Landrat in Rybnitz gemacht und nach einigen Wochen erhielt man erst, als die Beschwerde als unbegründet, wie immer, zurückkam, auch die „Gründe“ und diese lauten:

„Wir die Ermittlungen ergeben haben, gehört eine große Anzahl der Bewohner von Rybnitz, und besonders auch die Vergleute, dem Kriegerverein und dem freiwilligen Feuerwehverein dalebst an und es stehen diese Leute zum Teil den sozialdemokratischen Bestrebungen fern. Amweilens hätten sich infolge dessen bei der Besprechung politischer Angelegenheiten in der Versammlung Parteien gegenübergehalten, zwischen denen es zu Meinungsäußerungen und Streitigkeiten und schließlich nach Erhebung der Gemüter zu Aufrührungen gekommen wäre. Dies ist umso mehr anzunehmen, als die Versammlung für den Sonntag nachmittags einberufen war, zu welcher Zeit sich unter den Versammelten auch angetrunkenen Personen befinden haben würden. Hiernach war die Befürchtung des Amtsvorstandes, daß die Versammlung Gelegenheit zu Störungen der öffentlichen Sicherheit geben könnte, so nahelegend, daß die Versagung der Genehmigung zur Abhaltung der Versammlungen nach § 7 des Reichsvereinsgesetzes gerechtfertigt erscheint. Wegen der verjährten Forderung des ablehrenden Beschlusses ohne Angabe der Gründe an Sie habe ich den Amtsvorstand mit Anweisung versehen. Lang.“

Das sind die Gründe, mit welchen sich der Einderufer zufrieden geben und Gott danken sollte, daß durch die Weisheit des Amtsvorstandes und des Landrats ihm die „bösen“ Marktloshirer nicht das Fell über die Ohren gezogen haben! Aber die „roten“ Umstürzler sind nun einmal so dumm und tunnen ins eigene Unglück, ohne den „guten“ Rat der Obrigkeit zu befolgen. Scholtzky legte aus hiergegen Beschwerde bei der Regierung in Eppeln ein, um zu erfahren, ob auch diese Behörde sich nicht für den hier bei den Haaren herangezogenen „Gründen“ anschließt oder nicht. Nach wochenlangem Warten kam die folgende Antwort: „Das Sittliche Grundstück in Chalupki, Rybnitz, Kreis Rybnitz, ist auf welchem die von Ihnen für den 10. und 17. Oktober d. J. politisch angeordnete Versammlungen unter freiem Himmel abgehalten werden sollten, ist von drei Seiten von Wald umgeben, die Entfernung des Sittlichen Wohnhauses vom Parzelle beträgt 17 Meter. Die Befürchtung, daß durch Versammlungsteilnehmer, welche mit brennenden Zigarren oder Pfeifen den Wald betreten, ein Waldbrand verursacht werden könnte, ist bereits von der Ortspolizeibehörde in Chalupki gezeugt worden, wie ich jetzt festgestellt habe. Es kommt hinzu, daß auf dem Grundstück selbst sich eine mit Strohhauch bedeckte Scheune, deren Dach von der Erde aus mit der Hand erreichbar ist und ein Schuppen befindet, dessen Strohhauch sich 1,5 Meter über dem Erdboden herabhängt. Daß die Strohdächer durch rauchende Versammlungsteilnehmer leicht in Brand gesetzt werden könnten und das Feuer dann auch den Wald ergreifen kann, war daher eine Befürchtung, die auch ich für nahelegend und gerechtfertigt erachten muß, zumal Sie als Leiter der Versammlung nicht in der Lage gemeldet waren, die Teilnehmer am Rauchen in der Nähe niedriger Strohdächer zu verhindern. Die Versammlung usw. war also verboten und die Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen. J. A. (Name unleserlich).“

Ueber diese beiden Begründungen kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Der Amtsvorstand gibt keine Gründe an. Der Landrat findet dann Gründe und was für welche! Der Marktloshirer Einwohner werden als die rauschhaftesten Menschen der Welt angegeben. Der Regierungsvorstand findet wieder ganz andere Gründe zum Verbot der Versammlungen und schreibt: Seine Gründe hätte bereits auch die Polizei in Rybnitz gezeugt. Wenn das wahr wäre, warum sind die vielen „famosen“ Gründe dem Einderufer nicht gleich durch die Polizei oder den Landrat mitgeteilt worden? Alle diese „Gründe“ zeigen jedoch, daß die Versammlungsfreiheit in Oberschlesien nur auf dem Papier steht.

Die Mohrenwäsche Ermerls vor dem Waldenburger Schöffengericht.

Eine Mohrenwäsche hatte das Waldenburger Schöffengericht am 4. März an dem Haupte des reichstreuern Gustav Ermerl vorzunehmen. Es wurde mehrere Stunden lang gewaschen, gestriegelt und getümmelt, aber der Mohr wurde dabei immer noch sämiger. Anfang Juli 1908 hatten der „Vorwärts“, der „Proletarier“ und die „Volkswehr“ je einen Artikel veröffentlicht, der sich speziell mit Herrn Ermerl und seiner früheren öffentlichen Tätigkeit befaßte. Insbesondere war in diesen Artikeln gesagt, daß Ermerl als Mitglied des christlichen Gewerksvereins der Bergarbeiter Verrat an dieser Organisation gelöst habe, indem er dem freien Bergarbeiterverbande Material zustellte, das dieser gegen den Gewerksverein und dessen Vorstände Brust verwendete. Weiter war Ermerl vorgehalten worden, daß er sich als Geschäftsführer des Eisfelder Konsumvereins Schmiergeld in Form von Provision anbieten ließ. Auch der Versuch Ermerls, den Bergarbeiterverband um 20000 Mk. anzupumpen, war von den beklagten Zeitungen angeführt worden als Verrat zur Charakteristik des späteren Rechtsverwandlers. Ermerl lagte daraufhin gegen die Redakteure Weber in Berlin, Feldmann in Langenbielau und Klüß in Breslau wegen Verleumdung. Den Beklagten kam es vor allem darauf an, die Beweise für ihre Behauptungen zu erbringen. Da Ermerl aber früher in Westdeutschland tätig war, zog sich der Prozeß mit seinen vielen Zeugniserhebungen und Uebersetzungen soweit in die Länge, daß er erst am Freitag nach 3 1/2-jähriger Dauer zur Verhandlung kam.

Von den Beklagten war nur der Redakteur Feldmann persönlich erschienen. Ihm stand Juristgut Ludw. als Verteidiger zur Seite. Redakteur Weber wurde vom Rechtsanwaltschaft Dr. Rosenfeld in Berlin, Redakteur Klüß vom Rechtsanwalt Simon in Breslau vertreten. Der Kläger Ermerl war selbst nicht erschienen, sondern überließ die Abwaschung seines Ehrenbildes dem Rechtsanwaltschaft Dr. Walter. Herr Walter hatte eine Siphonarbeit, denn die kommissarisch vernommenen Zeugen aus Eisfeld, Eisen und Vordum redeten eine zu deutliche Sprache. Es kam zur Verlesung der endlich gemachten Aussagen der Zeugen: Johann Will, Johann Beimperers, Otto Hue, Friedrich Will, August Wruhl, Karl Heinrich Schneider, Hermann Sasse, Richard Weidenbach und Sommer. Besonders Gewicht verdienten die Aussagen der Brüder Will, Wruhl, Sommers und Weidenbach. Aus ihnen ging hervor, daß Ermerl, in die Tugge getrieben, zugehen mußte, daß er mit den Lieferantenfirmen Wallrabe und Pommat in Düsseldorf wegen 2 bezw. 3 Prozent Provision verhandelt hat, daß Ermerl aus diesem Grunde um seinen Posten als Geschäftsführer kam, daß Ermerl eine Stellung benutzte, um gegen Brust zu intrigieren und daß Ermerl gedroht hat, dem Brust das Messer im Leibe umzudrehen. Die Behauptung der Beklagten, Ermerl habe 20000 Mk. vom Bergarbeiterverbande leihen wollen, wurde erwiesen durch die Verlesung des betreffenden Briefes, der sich in Abschrift nebst den ablehrenden Antwortschriften

des Verbandes bei den Akten befand. Verlesen wurde weiter auf Antrag Dr. Rosenfelds das Urteil des Waldenburger Gerichts in Sachen Ermerl gegen Wagner, in dem es heißt, daß Ermerls Verhalten „in moralischer Beziehung anstößig“ sei, daß er „moralisch nicht üblich“ ist. Letztere Feststellung konnte auch das Waldenburger Gericht machen, denn es gelangte auf Antrag Rosenfelds eine Schreibprobe Ermerls aus dem „Feierabend“ zur Verlesung, die von unanständigen Schimpfereien frozte.

Angesichts des ungeheuren Belastungsmaterials gegen den Kläger Ermerl wurde es dessen Vertreter natürlich schwer, ein paar gute Haare an ihm zu finden, die eine Verurteilung seiner Gegner rechtfertigen konnten. Desto leichter hatten es die Verteidiger der Beklagten, den Kläger als das wahrheitsgetreue Original der von den beklagten Zeitungen gebrachten Photographie zu kennzeichnen. Besonders wirksam waren die Hinweise darauf, daß ein Mann mit einer so robusten Moral wie Ermerl am allerwenigsten zum Kläger berufen sei, wenn im Parteikampfe scharfe Worte fallen, und daß es gerade die Pflicht der politischen Presse sei, auf Anwendung sauberer Kampfmittel bei den Parteien zu achten. Den Angeklagten müsse deshalb auch der Schuß des § 193 zugebilligt werden. Uebrigens sei aber eine Verurteilung deshalb nicht möglich, weil bereits Verjährung eingetreten ist.

Rebateur Feldmann wies in kurzer, treffender Rede den Versuch des Klägers Anwalts jurist. seine in 20-jährigem Parteidienst erlittene Strafen als erschwerend hinzuzufügen.

Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf Einstellung des Verfahrens gegen Weber und Feldmann, da tatsächlich seit der letzten Verurteilung über ein Jahr verstrichen und daher Verjährung eingetreten ist. Die Kosten des eingestellten Verfahrens hat der Kläger zu tragen. Der dritte Beklagte, Klüß, wurde dagegen der Verleumdung schuldig befunden und zu 80 Mk. Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Die der Vorsitzende begründend ausführt, ist der Wahrheitsbeweis als erbracht anzusehen, bezüglich der Verleumdung, Ermerls habe sich Provision sperchen lassen. Weiter hat das Gericht als erwiesen eracht, daß Ermerl der Rebelle gegen Brust war, und weiter, daß Ermerl der „Vergärbeiterzeitung“ Material geschickt hat. Ermerl sei aus der Verhandlung nicht so moralisch intakt hervorgegangen, als er es wollte, es sei erwiesen, daß er sich Verleüde gegen das Stittengesetz zuschulden kommen ließ. Der § 193 wäre bei der Strafmaßung zur Anwendung gekommen, weil die in der „Volkswehr“ enthaltenen Verleumdungen Ermerls im politischen Kampfe gefallen sind.

Kameraden, welche die Verbandszeitung nicht aufbewahren, sollen dieselbe nicht unnötigerweise verbrauchen, oder wegwerfen, sondern an unorganisierte Kameraden weitergeben.

Süddeutschland und Reichslande.

Kampfesweise des „Vergnappers“ und seiner Anhänger.

Der „Vergnapper“ berichtet in Nummer 9, daß in erschreckender Weise die Zahl der Unglücke sich mehrt, und zählt eine Reihe erst vor kurzem passierter Unfälle auf. Am Schluß sucht er es so darzustellen, als ob die „Sozialdemokraten“, gemeint sind die Verbändler, ihrer Pflicht demgegenüber vernachlässigt. Wörtlich wird da gesagt: „Die Sozialdemokraten würden dem Interesse der Volksgesamt mehr Rechnung tragen, wenn sie ihre fanatische Bigotterie und Verleumdungslust gegen die christlich organisierten Arbeiter einstellen und ihr Augenmerk mit auf diesen Punkt richten würden.“

Eine solche Frechheit und Unverschämtheit kann man auch nur beim „Vergnapper“ finden. Wir wollen zunächst bemerken: „Alles und verkleumen, wie der christliche Gewerkschaftsekretär Engel und andere seines Schlages, oder wie der „Vergnapper“, ist nicht unser Prinzip. Wenn die „braven“ Gewerksvereinschriften sich etwas umsehen würden, so könnten sie vieles sehen, was den bösen Geist etwas geschaffen ist, von dem auch die „Christen“ Wurzeln haben. Hat denn der „Vergnapper“ schreiber seit drei Jahren geschlafen? Waren nicht die Verbändler 1909 die ersten auf dem Plan, die so toderliche bayerische Bergarbeiterverbände besser und glücklicher zu gestalten? War es nicht der „Superische Courrier“, ein Partisanenblatt, das uns ob der Forderungen verübte? Es hieß sogar in diesem Papier, es seien „Sozialdemokraten“ in der Petition, die schon längst bemittelt seien. Wir warten heute noch darauf! Wurde die Petition dann nicht vermaßert in den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten durch die „göttlichen“ Arbeitersekretäre, die von Zentrumsgnaden in der bayrischen Abgeordnetenkammer sitzen dürfen? Wir erleben doch alle Wochen Proben von diesen Herrschaften, daß selbst von Christen schädeln angt und hange wird. Warum kommen die christlichen Kameraden zu uns, wenn sie bei der alleinigmachenden Zentrumswirtschaft so gut aufgehoben sind?

Die Verbändler haben neuerdings wieder sofort Stellung genommen in zwei Petitionen an den Landtag und werden auch ohne Zutun der Herren von dieser Seite wissen, was zu tun ist. Würde es gerade den Herren vom Zentrum, darunter den Arbeitersekretären ernst sein, die Forderungen der Bergarbeiter wären schon längst wieder weiter vorwärts gekommen. Ein recht beachtender Fall sei noch festgehalten, der so recht die „christliche“ Duldsamkeit zeigt. Waren da schon seit Jahren drei anständige Bergarbeiterfamilien in einem Privathause in Hausham. Vor Jahresfrist wurde dieses Haus von einem „christlichen“ Gewerksverein gekauft, und jetzt müssen die drei Verbändler ihre Wohnung räumen. Als Grund wurde angegeben, weil diese Leute zusammenhalten, deswegen müßten sie hinaus. Es scheint, daß diese Leute christlichen Hausherren und Gewerksvereiner noch nie etwas von Solidarität erzählt wurde. Auch seine brave Ehegattin schimpft brav über Verband und Frauenorganisation, ist doch schon gesagt worden, sie hätte die letzteren in ihren Versammlungen ausgehört. Gottesfürchtig und froh, könnte man sagen, aber mit solchen Befreiungsvereinen lockt man keinen Hund vom Ofen. Wir glauben, es wird besser sein, daß der Artikelschreiber aus Bayern sich besser informiert, hat er doch Marienlein, Weissenberg zc. in seiner Unfallszeitung ganz überleben und seine Winke zur Besserung bei sich ausprobieren. Bei uns ist nichts zu lutzieren, wir bleiben die alten, unverbesserlichen.

Altringerer Krankenhaus.

Von verschiedenen Seiten aus werden wir gebeten, durch eine Kritik in der Zeitung die Schweltern dieses Krankenhauses zu bewegen, Leichen, meigentlich bevor Angehörige zum letzten Besuch kommen, anzukleiden. So soll es vor einiger Zeit bei einem gewissen Wuttgen gewesen sein, der verunglückt war. Wohl lag das Hemd auf dem Sarg, er selbst aber lag, wie ihn Gott geschaffen, darin. Der Bergmann tut zwar so manches, was er eigentlich verweigern könnte, er ist geduldig bis zum äußersten, aber wenn er den Weg alles Fleischs ging, hilft es doch nichts mehr, wenn man ihm das Hemd zum anziehen bringt, sondern man muß ihm schon hineinheizen. Wir sind ja keine Anhänger allzu großer Priderie, aber die Pietät verlangt es doch schon, daß Angehörige ihre Verwandten nicht im Adamskostüm antreffen. Es kostet doch nicht allzuviel Zeit, die letzte Toilette zu machen und mit ein bißchen gutem Willen kann ornieden werden, daß noch an der Pforte des Todes Vergernis ertegt wird.

Die „Berle“ von Siegen, Gustav Ermerl, in Groß-Rohndorf (Lothr.)

Die gläubigsten Färlen sind die Renegaten. In dieses Sprichwort dachten wir, als Herr Ermerl aus Waldenburg am 4. März die Lothringer Bergarbeiter für würdig fand, sie mit dem reichstreuern Vereinigen und dessen „Zwed“ bekannt zu machen. Wenn Anfang seiner Rede glaubte er wohl, herzoglich Pleßsche Getreue vor sich zu haben, denn wie Theaterdonnerschläge hagelte seine Verleumdungsrede gegen Freie und Christliche nieder. Verschiedene Zwischenrufe führten ihn in die Wirklichkeit zurück und seine Ausführungen wurden merklich zahmer. Sie bestanden aus Lamentationen über verlorenes Nationalsovermögen durch Streiks, von Anstperungen mußte er nichts zu erzählen. Kurz und gut, die Unternehmer sind bei Ermerl Engel im Ansguldskleide und nur Freie und Christliche sind daran schuld, daß es die Arbeiter, für die das Unternehmertum „doch alles tut“, nicht einsehen wollen. Nach seiner Meinung liegt die Zukunft nicht auf dem Wasser, sondern bei den reichstreuern, vulgo vaterländischen Vereinen. Besonders wehrte er sich dagegen, daß man seine Vereinden immer mit den Gelben „verwechsle“, dabei empfuh ihn in der Regel, daß die Herren Gelben schon mit ihm korrespondiert hatten, um zu veruschen, die Reichstreuern zu sich hinüberzuziehen, doch habe er nichts davon wissen wollen.“ Wir sind der Meinung, daß es auch so, ohne Veruschmelzung, geht, denn gleiche Brüder, gleiche Kappen. Der Name tut da

